

Werkstofflicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 16 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Heftchrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 95. Morgen-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 26. Februar 1873.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum Abonnement für den Monat März ergebenst ein.

Der Abonnementspreis beträgt in Breslau 22½ Sgr., auswärts inklusive des Portozuschlages 25 Sgr.

Breslau, den 26. Februar 1873.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Die Moral und die Corruption.

Zwei große Erfolge hat die durch den Abgeordneten Lasker angeregte Bewegung bisher schon aufzuweisen; einen von mehr politischer, den anderen von mehr moralischer Bedeutung.

Der politische Erfolg besteht darin, daß die Regierung sich entschlossen hat, eine Enquete zuzulassen, welche die Mängel und Gebrechen unserer Verwaltungspraxis aufdecken wird. Es ist der erste Fall dieser Art in Preußen. Bisher ging man bei uns stets von der Ansicht aus, daß es über die Thätigkeit einer Behörde keinen anderen Richter gebe, als die vorgesetzte Behörde, und daß es notwendig sei, die obwaltenden Gebrechen dem Anblick profaner Augen zu entziehen. Zum ersten Male wird eine Commission niedergelegt, bestehend aus Mitgliedern des Parlaments, aus Richtern und Verwaltungsbeamten, die von einem freien und hohen Standpunkte aus einen Zweig unseres Staatslebens, der bisher vernachlässigt zu sein schien, einer gründlichen Untersuchung unterwerfen soll. Die Commission ist aus neun Männern zusammengesetzt, die sämtlich in dem Rufe höchster Redlichkeit und meistens in dem Rufe hervorragender Thätigkeit stehen. Es müßte wunderbarlich zugehen, wenn ihre Arbeiten nicht zu einem guten Resultate führen sollten.

Der moralische Erfolg besteht darin, daß ein Beamter, dessen Wirken seit 25 Jahren als ein unheilvolles betrachtet wird, in seiner Stellung unwiderstehlich erschüttert ist; ferner, daß auf einen Minister, gegen dessen Qualifikation zu seinem Posten seit langer Zeit die schwersten Zweifel geltend gemacht worden sind, Streiflichter gefallen, welche die Stimmen des Volkes nur zu sehr bestätigen. Die öffentliche Meinung, welche den Charakter des einen, die Intelligenz des anderen anspricht, ist gegen den Vorwurf der unbilligen Parteinahme gerechtfertigt, ihr Ausdruck ist durch schwer wiegende Indicien unterstügt.

Dieser beiden Erfolge wollen wir uns mit Fug freuen und nicht Zielen nachjagen, die nicht zu erröthen sind. Wir wollen uns nicht vermessen, den Lauf der Welt zu ändern. Ebenso wenig wollen wir die hohe sachliche Aufgabe, die uns gestellt ist, dadurch beeinträchtigen, daß wir auf eine Verfolgung einzelner Personen allzuviel Kraft vergeuden.

Man sieht in der ausgebrochenen Katastrophe den Kampf der Moral mit der Corruption. Wenn das richtig ist, wer möchte nicht auf Seite der Moral stehen und beim Kampf gegen die Corruption helfen? Wer aber möchte nicht zuvor prüfen, wo denn die Corruption ihren eigentlichen Sitz hat! Daß in unserem Beamtentum von Corruption im Allgemeinen nicht die Rede sein kann, daß es sich nur darum handelt, ein oder das andere räudige Individuum zu beseitigen, ist allgemein anerkannt. Desto schlimmer aber schildert man die Gründe, die Geldmänner. Hier sieht man überall Corruption, ihnen stellt man „den gesunden Kern des Volkes“ gegenüber. Nun, man wird so gerecht sein, als „Sünder“ nicht ohne Wahl einen Faden zu bezeichnen, der sich bei irgend einem Unternehmen in gutem Glauben an dessen Gemeinnützigkeit betheiligt hat. Unter einem Gründer versteht man nur den, der nicht das Unternehmen, sondern nur die Gründungsgesellen im Auge hat. Solcher gewerbmäßiger Gründer giebt es im ganzen Lande, hochgerechnet, etwa fünfzig. Würde es sich lohnen, schweres Geschick aufzuführen, um der Corruption dieser fünfzig entgegenzuarbeiten?

Nein doch, die Corruption hat leider weitere Kreise ergriffen. Das schwindelhafte Treiben, ohne Arbeit reich zu werden, hat leider viele Tausende ergriffen. Alle Wechsel, alle Bankhäuser sind überhäuft gewesen mit Aufträgen von Angehörigen aller Gesellschaftsklassen, vom Gutbesitzer und Gelehrten bis herab zum Hausbater und Gemüsekrämer, die sich an den wildesten Speculationen betheiligt haben.

Gewiß sind die Gründer von Profiteuren, die Mühs und Peinere und ihre deutschen Nachahmer das Gegenheil von dem, was man unter Ehrenmännern sich vorstellt. Aber Mühs und Peinere haben wenigstens ihre Haut selbst zu Markt getragen, und in Berlin und anderwärts zeigt man schon mit Fingern auf die, welche ihren Spuren früher oder später werden folgen müssen.

Um vieles tiefer in der stillen Rangordnung stehen aber die, welche durch Speculationen reich werden möchten, ohne vor der Welt als Speculanten gelten zu wollen.

Tausende haben in der habgierigsten und unbesonnensten Weise sich an Speculationen betheiligt. Geht die Sache gut, so schleichen sie sich in aller Stille mit ihrer Beute nach Hause. Entschadet sich das Glück gegen sie, so erwacht plötzlich in ihnen das moralische Bewußtsein. Sie declamiren gegen das schwindelhafte Treiben der Gründer und verlangen, daß der Staat ihnen wieder zu ihrem Hab und Gut ver helfe.

Das Treiben jener fünfzig wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht an den Leidenschaften der Tausende eine Stütze gefunden hätte. Wer nur bei den Gründern das schwindelhafte Bestreben, ohne Arbeit reich zu werden, und bei dem Volke nur den gesunden, stillen Kern findet, der macht sich der niedrigsten Schmeichelei gegen den Demos schuldig.

Die gewaltige moralische Aufwallung, die sich jetzt geltend macht, hat ihre sehr unerfreuliche Reverso. Der erste Weheruf ging aus von einem Manne von unantastbarem Charakter, der nur die öffentliche Moral im Auge hatte. Aber in seinen Weheruf mischte sich der Schmerzensschrei der Vielen, welche

Weinen um das eigene Leiden
In des Reiches Untergang.

Nicht für die Stillheit kämpfen sie, sondern um ihr verlorenes Geld, das sie durch eigene Habgier eingeblüht. Bankrotte Spieler, die ihren Verlust dadurch decken wollen, daß sie Expression gegen den glücklicheren Gegner üben.

Ein unerfreuliches Schauspiel hat begonnen. Sykophanten aller Art spähen aus, in welchem Verwandtschaftsverhältnis der N. N., der vor zehn Jahren ein Grundstück an irgend einen Eisenbahnunternehm-

mer verkauft, zu irgend einem Beamten des Handelsministeriums steht. Unbefugt mischt man sich in private und Geschäftsverhältnisse, sei es um eine persönliche Beleidigung zu rächen, sei es um einen Vortheil zu erpressen, sei es um einen selbstverschuldeten Verlust wieder einzubringen. Seit den Herrenprozessen und den Demagogenvorfällen hat das Gewerbe der Denuncianten nicht so geblüht, wie heute. Ein Richter, dessen Verhalten nach den jetzt gegebenen Aufklärungen über jeden Schatten einer Anfechtung erhaben dastand, sah sich den verbissenen und kenntnislosen Angriffen ausgesetzt.

Das Zeugnis eines so sachkundigen und unbefangenen Beurtheilers, wie Herr von Dechend, der zur Mäßigung mahnt, wird mit Spott beworfen. Die jetzige Gründerbegeisterung liefert ein viel unerfreulicherer Bild leidenschaftlicher Ausschreitungen, wie zuvor die Gründerwuth selbst.

Inmitten dieser Vorgänge halten wir an unseren Hoffnungen für die Zukunft fest. Der Weltgeist versteht das Geheimnis, aus allen menschlichen Verirrungen eine Frucht zu zeitigen, welche der Zukunft unverloren bleibt. Unbeschogen durch die Fehltritte von der einen Seite, unbelirt durch die Uebertreibungen der anderen wird die Commission mit Ernst und Eifer an ihre Arbeit treten und aus allen Stürmen der Gegenwart wird unsere Gesetzgebung gebessert, unsere Verwaltung gereinigt, unsere Wirtschaft gekräftigt hervorgehen.

Breslau, 25. Februar.

Der Herr Fürstbischof von Breslau hat nun auch gleich seinen Mitbischöfen einen Hirtenbrief für die bevorstehende Fastenzeit erlassen und uns darin ein Bild von unserer Zeit entrollt, vor welchem wir zerschauern müßten, wenn es auch nur entfernt, auch nur in einzelnen Zügen der Wirklichkeit entspräche. Glücklicher Weise ist das nicht der Fall; glücklicher Weise ist fast nach allen Richtungen hin das Gegenteil die Wahrheit. „Entchristlichung der Völker“ — giebt der Fürstbischof als „Signatur unserer Zeit“ an. Umgekehrt finden wir überall und bei allen Völkern das Streben nach den edelsten und schönsten Früchten des wahren Christenthums, nach Humanität, Toleranz und gegenseitiger Förderung durch Liebe. „Verfolgung und Anfeindung der heiligen Kirche“ — das ist nach der Ansicht des Herrn Fürstbischofs das ganze Streben der Gegenwart. Umgekehrt, mit Ausnahme einiger ultramontaner Heher und Fanatiker leben Katholiken und Protestanten, beispielsweise in Breslau und Schlesiens überhaupt, außerordentlich friedlich neben einander; die Confessionen erfreuen sich nach wie vor des durchgreifendsten Schutzes des Staates, so lange sie natürlich auf dem Gebiete, das ihnen zukommt, auf dem religiösen bleiben. Gegen die Ueber- und Eingriffe in das weltliche Gebiet ist der Staat endlich, fast zu spät, erwacht, und im Interesse des allgemeinen Friedens zwischen den Confessionen ist nur zu wünschen, daß der Staat consequent bleibt; die wirklichen Katholiken, die vom Ultramontanismus ebenso wenig etwas wissen wollen und unter demselben ebenso leiden, wie die Protestanten, wünschen die Stärkung der staatlichen Macht am allermeisten.

„Die jetzigen Verfolgungen — meint der Herr Fürstbischof — sind gefährlicher, sündhafter und grausamer“, als zur Zeit, da die Christen den wilden Thieren horgeworfen wurden. Man muß nicht zu viel behaupten, Herr Fürstbischof, sonst begegnet man dem allerentschiedensten Unglauben, besonders unter den eigenen Glaubensgenossen. Und dann — wann haben denn die angeblichen, in der Einbildung bestehenden Verfolgungen begonnen? Doch nicht Einen Moment eher, als bis die Kirche „in fleischliche Gelüste verfiel“, d. h. als sie durch das Dogma der Unfehlbarkeit die alte Herrschaft der Kirche über den Staat wieder neu zu begründen strebte. Was thut denn der Staat? Si nun, er ist so naiv, sich diese Herrschaft höflich zu verbitten, und dazu hält er einige Einschränkungen für notwendig, bei denen er ganz besonders durch die Katholiken mit unterstützt wird. Freilich — entgegnet man uns — das Papstthum wird heute zu Tage die alten Ansprüche der Gregore, Innocenzen, Bonifaze bezüglich der kirchlichen Oberherrschaft nicht mehr erheben; es ist nicht „opportun“. Der Staat dankt für dieses „opportun“. Das Wort spielt unter den Ultramontanen eine eigenthümliche Rolle; erst war es nicht opportun, das Dogma der Unfehlbarkeit zu verkünden, und dann war es wieder opportun. Wunderbare Natur eines Dogma — es das eine Mal für opportun und das ander Mal für nicht opportun oder auch umgekehrt zu erklären! Es könnte — meint der Staat — auch mal wieder einem Papste einfallen, die Absehung eines weltlichen Herrschers oder die Einbindung seiner Unterthanen vom Eide für „opportun“ zu erklären. Alles schon dagewesen — sagt Von Aliba.

An einer Stelle weist der Herr Fürstbischof auf die Schrecken der Revolution hin, als „die Forder (im katholischen Frankreich) mit entmenschter Wollust den dumpfen Ton der Köpfe hörten, die von dem Fallbeile abgeschlagen wurden.“ Gewiß — wir theilen den Schauer des Herrn Fürstbischofs. Doch erlauben wir uns die schäuderhafte, aber historisch sehr nachweisbare Bemerkung, daß der „Allerchristlichste König“ und sehr gehorsame Sohn der Kirche Ludwig XIV. durch die Dragonaden im südlichen Frankreich eine weit größere Anzahl von Menschen, von christlichen Märtyrern binnomden ließ, als während der ganzen Zeit der Revolution unter der Guillotine fielen.

Doch genug über diesen Hirtenbrief, dessen Decläre wir unseren Lesern, insbesondere unseren katholischen Lesern recht dringend empfehlen; sie werden unsere Ansicht theilen, daß Uebertreibung bei Weitem mehr schadet als nüßt. Schließlich machen wir noch auf die Ueberschrift des Hirtenbriefes aufmerksam; sie lautet: „Heinrich, von Gottes Erbarmung und des Apostolischen Stuhles Gnade Fürstbischof von Breslau, dem apostolischen Stuhle unmittelbar untergeben, von Heiligkeit Hausprälat und Thron-Assistent.“ Also außer „von Gottes Erbarmung“ nur noch „von des Apostolischen Stuhles Gnade“; wir dachten, es gehöre auch die Bestätigung Sr. Maj. des Königs dazu. „Dem apostolischen Stuhle unmittelbar untergeben“ — erinnern wir uns auch nicht, früher als Attribut gefunden zu haben; jedoch wir sind sehr fehlbar und können uns wie andere sündige Menschen irren.

In der Schweiz findet das Vorgehen des Bundesraths namentlich gegen den Bischof Mermillod leider keineswegs die allgemeine Billigung; im Gegentheil sind sogar entschiedene Gegner der clericalen Partei der Ansicht, daß die eidgenössische Regierung ihre Befugnisse um ein Beträchtliches überschritten habe. Der „Bund“ sucht die erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Die Ausweisung Mermillods, macht er mit Recht geltend, sei keine Strafe, sondern bloß eine politische Präventivmaßregel zur Verhinderung der faktischen Geltendmachung einer fremden, von den Landesbehörden nicht anerkannten Autorität auf dem Territorium der Eidgenossenschaft. Diese Maßregel sei nicht gerichtet gegen Mermillod, als Genfer und Schweizer Bürger,

sondern gegen den Bevollmächtigten und Vertreter des päpstlichen Stuhles, soweit derselbe im Kanton Genf direct und mit Umgehung der zuständigen Staatsbehörden die Autorität der römischen Curie zur Geltung bringen will. Sobald Mermillod erkläre, aus dem päpstlichen Breve vom 16. Januar bis zur Beilegung des Conflictes zwischen der Eidgenossenschaft und Rom keine Rechte ableiten und von daher keinerlei Functionen ausüben zu wollen, stehe ihm der Eintritt in die Schweiz und in den Kanton Genf wieder vollständig frei. Dies sei der allein richtige Standpunkt, meint der „Bund“, „der Standpunkt der Prävention zum Schutze der Territorialhoheit, und wenn man von diesem aus die Angelegenheit betrachte, könne sich kein Unbefangener der Einsicht verschließen, daß der Bundesrath im vollsten Rechte gehandelt habe“.

Dem gegenüber macht man nun geltend, daß die Ausweisung eines Schweizerbürgers aus der Schweiz in keinem Falle verfassungsmäßig zulässig sei. Die Bundesverfassung spricht nämlich von Ausweisung allerdings nur in zwei Fällen. Einmal spricht sie aus, daß Fremde (Nichtschweizer) im politischen Wege ausgewiesen werden können, und man debucirt hieraus, daß also nach dem Schluß aus dem Gegentheil Schweizer nicht ausgewiesen werden können. Ferner bestimmt die Verfassung, daß „Niedergerlassene“ entweder durch gerichtliches Urtheil oder unter gewissen Voraussetzungen auch politisch aus dem Canton ausgewiesen werden dürfen. Dies hat aber nur den Sinn, daß ein Berner, der sich in Argau nieder gelassen hat, von den Argauer Behörden nach seinem Heimath-Canton Bern abgeschoben werden kann, und die aufgestellte Deduction sagt man, ist mehr als bedenklich, daß ein Recht, welches dem kleineren Canton zustehe, der größeren Eidgenossenschaft nicht verjagt werden könne. Mit Recht weist man nun darauf hin, daß der Kirchen-Conflict in der Schweiz bereits in das Stadium der Machtfragen getreten sei. Die Ausweisung Mermillods war eine politische Maßregel und die Zukunft muß lehren, ob der Bundesrath die Macht hat, sie aufrecht zu erhalten.

Schlimmer als in Genf, wo das katholische Cultusgesetz in dritter, endgültiger Lesung unter Namensaufruf mit 76 gegen 8 Stimmen angenommen worden ist, so daß dasselbe jetzt nur noch der Volksabstimmung unterliegt, stehen unlängst die Dinge in der Diocese Basel. Hier nämlich steht der Clerus hinter dem abgesetzten Bischof Lachat und hinter dem Clerus das katholische Volk. Am ungünstigsten aber steht die Regierung im Canton Solothurn, wo 12,000 Protestanten und 62,000 Katholiken gegenüberstehen. Hier haben die etwa 70 katholischen Geistlichen des Cantons fast einstimmig die Aufforderung der Regierung, den Verkehr mit Eugen Lachat abzubrechen, mit einem Collectivschreiben beantwortet, in welchem sie erklären, an dem Bischof Eugenius unbedingt festhalten zu wollen. Und es wird immer wahrscheinlicher, daß hinter der Geistlichkeit hier die Mehrheit des Volkes von Solothurn steht. Wie bereits gemeldet, hat man nämlich gegen die liberale Regierung von dem Rechte der Volksinitiative Gebrauch gemacht. Dieses Initiativbegehren findet sehr viele Unterschriften und beschränkt sich nicht nur auf Desadeu der liberalen Regierung, sondern verlangt deren Abberufung und Ersetzung durch eine ultramontane Regierung. Die Aufregung im Kanton ist sehr groß, man erwartet von Tag zu Tag Truppenaufgebot. Sehr richtig bemerkt namentlich die „N. Z.“: Fällt Solothurn durch einen Regierungswechsel von der bisherigen Mehrheit ab, so ständen einfach die vier protestantischen Regierungen der Diocese Basel den drei katholischen gegenüber, jene gegen, diese für Lachat und den Infallibilismus Partei ergreifend. Alsdann wäre ein Festhalten der Majorität an ihrem bisherigen Standpunkt eine Unmöglichkeit, denn derselbe hieße einfach Herrschaft der protestantischen über die katholische Bevölkerung, und diese wäre nach den republikanischen Principien der Schweiz unbenkbar.

In Frankreich handelt es sich gegenwärtig hauptsächlich um die Stellung, welche die verschiedenen Fractionen der Rechten zu einander einnehmen. Die Erklärung, welche der Herzog von Broglie am 22. d. Mis. in einer außerordentlichen Versammlung des Centrums abgegeben hat, (siehe „Paris“), hat ein gewisses Aufsehen gemacht und scheint einen Theil der Rechten bestimmt zu haben, sich nicht vollständig vom rechten Centrum zu trennen. Der von der Versammlung angenommene Antrag, die verschiedenen Bureaus der Vereine der Rechten zur Berathung zusammenzubringen (de Cumont, obgleich Mitglied der Rechten und des rechten Centrums, stellte ihn), blieb nicht ohne Anklang. Die fusionistische „Assemblée Nationale“ lenkt jetzt ein und ist gegen einen Bruch zwischen den monarchistischen Parteien, und eben so die „Gazette de France“, Organ der gemäßigten Rechten, will, daß die Royalisten ihre Beschwerden auseinanderlegen, aber das Zusammengehen mit den Orleanisten nicht aufgeben. Die Erzlegitimisten befehlen jedoch darauf, daß man mit den Orleanisten breche. Die „Union“, das Hauptorgan derselben will noch nicht andeuten, welche Haltung ihre Freunde annehmen müssen, aber sie constatirt nochmals den Bruch mit dem rechten Centrum und fügt hinzu, daß es heute nur eine conservative Partei gebe, nämlich die royalistische Rechte. Das ultramontane „Univers“ spricht sich ebenfalls gegen den Antrag de Cumont's aus und will, daß man Alles aufbiete, damit er verworfen werde. Bei den Republikanern stößt der von Broglie erläuterte Entwurf auf Widerspruch. Nach der „Republique Française“ hat der Artikel 4 des Entwurfs nach den Broglie'schen Erklärungen etwas Furchtbares. Sie spricht sich gegen die zweite Kammer und die Modification des Wahlgesetzes aus, indem sie zugleich Broglie mit äußerster Heftigkeit angreift und ihm und seinen Freunden prophezeit, daß Frankreich ihnen bald beweisen werde, wie groß die Macht des gleichheiligen und demokratischen Sinnes nach einer zwanzigjährigen Anwendung des allgemeinen Stimmrechts sei.

Das „Vien Public“ zeigt sich wieder sehr versöhnlich, spricht gegen die ängstlichen Parteien und will, daß keine allgemeine Discussion statfinde, damit der Lösung der Fragen nicht vorgegriffen werde. Es giebt zu verstehen, daß die Regierung die constitutionellen Projecte keineswegs sehr bald vorlegen werde. Im präsidentiellen Palais hat die am 22. d. gehaltenene Rede Broglie's im rechten Centrum unangenehm berührt. Der officiöse „National“ wirft dem Herzog vor, Betreffs des Artikels 4 zu Ausflüchten seine Zuflucht genommen zu haben. Das einzige Wort, was man aus seiner Rede zurückhalten müsse, sei aber folgendes: die Regierung verlange eine Zukunft zu gründen, wir haben geglaubt, es nicht verweigern zu können.

Die neuesten Nachrichten aus Spanien (siehe die telegraphische Depesche am Schluß der Zeitung) bestätigen zum Theil die schon seit einigen Tagen verbreitet gewesen Gerüchte von einer Ministerkrise. Allerdings nämlich sind fünf Mitglieder der bisherigen Regierung ausgeschieden und durch fünf andere ersetzt worden. An die Stelle des Kriegsministers Cordoba ist der General Acosta getreten; die Leitung der Finanzen ist von Schegaray auf Juan-Lujan; die des Marinewesens von Admiral Veranger auf Admiral Dreyco;

die des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten von Becerra auf Chao übergegangen, während an die Stelle Francisco Salmeron's, der die Colonien bisher unter sich hatte, Jose Terzi getreten ist. Hatte man sich also bisher der Erwartung hingegeben, daß die Krise sich auf alle der Partei der Radikalen angehörenden Minister erstrecken würde, so zeigt es sich jetzt, daß diese Erwartung nicht erfüllt worden ist; denn der neue Kriegsminister wird mit Recht auch jetzt noch als Vertreter der Radikalen bezeichnet; überhaupt aber ist statt von einem Ausscheiden der Radikalen vielmehr von der Vereinigung der Radikalen und der Republikaner zu einer einzigen Partei gerade mit Hilfe dieses neuen Ministeriums die Rede. Von großer Wichtigkeit ist dabei die Erklärung, daß das Programm der Regierung un verändert dasselbe sei, daß man aber besonders die Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung erstrebe. Hiernach würde der provisorische Charakter der Regierung wohl noch einige Zeit fortdauern und es würde von einer Anerkennung der Republik Spaniens von Seiten der übrigen Mächte wohl auch nicht so bald die Rede sein können.

Deutschland.

— Berlin, 24. Februar. [Aus dem Bundesrathe. — Dementi. — Jubiläum.] Die Bemerkungen, welche neulich der Präsident des Bundeskanzleramts, Staatsminister Delbrück, in Bezug auf die Ausführung des Schulgesetzes gemacht, befaßten hauptsächlich in statistischen Mittheilungen über die Zahl der Jesuiten und die ihnen verwandten Gesellschaften im Deutschen Reiche. Die Zahl der Jesuiten ist nicht sehr groß und meist auf Preußen, Bayern und Galizien beschränkt, dagegen ist die Zahl ähnlicher Orden wie der Redemptoristen, Lazaristen u. um so größer und es soll nun Aufgabe des Bundesraths werden, den Grad der Verwandtschaft dieser Orden mit dem der Jesuiten festzustellen. — Der Ausschuss des Bundesraths für Landheer und Festungen hat sich bereits mit dem Entwurf über Errichtung eines Reichsinvalidenfonds beschäftigt, dessen Annahme als zweifellos angesehen wird. — Die Angelegenheit wegen Ausdehnung der Nummer 9 des Art. 4 der Reichsverfassung d. h. der Ausdehnung der Reichscompetenz auf die Seezonen auf das See- und Küstengebiet u. ist bisher nur im Ausschuss durch Zustimmung zu dem bekannten Antrag Grumbrecht genehmigt worden, also noch nicht im Plenum, wie wir bereits mitgetheilt haben. Doch ist auch in letzterem die Annahme gesichert, da Preußen mit den übrigen Bundesstaaten dafür und nur Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte dagegen sind. — Die Frage, in welcher Weise der Reichstag mit dem Militär-Etat sich zu beschäftigen haben wird, ist noch nicht entschieden und es schweben noch die Erörterungen darüber, ob das Pauschquantum mit gewissen Ergänzungen, oder ein vollständig neuer Militär-Etat vorgelegt werden wird. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß man sich für die letztere Alternative entscheiden möchte. — Das, wie wir bereits gemeldet haben, ablehnende Votum des Justizauschusses des Bundesraths gegenüber der Petition des Herzogs von Arenberg um Schutz seiner standesherrlichen Rechte basiert darauf, daß die Reichstheile, aus denen der Herzog seine Ansprüche herleitet, durch die Auflösung des früheren Bundesvertrages in Folge der Ereignisse des Jahres 1866 hinfällig geworden sind. — Bezüglich der Revision des Servistatistiks und der Klaffeneinstellung in Gemäßheit des Bundesgesetzes über die Quatierleistung für die bewaffnete Macht im Frieden hat der Bundesrath beschlossen, daß die Ermittlungen nur für diejenigen Orte angestellt werden, hinsichtlich deren eine Serviserhöhung von den Gemeinden selbst beantragt worden ist, oder das Bedürfnis amtlich anerkannt wird. Ein preussische Instruction über die Art der Revision ist den übrigen beteiligten Bundesstaaten zu analoger Anwendung übermittelt worden. — In Abgeordnetenkreisen weiß man nichts davon, daß seitens der conservativen Partei Anträge auf Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit geplant werden. Ein Unternehmen, dessen Erfolglosigkeit auf der Hand liegt. — Der Abgeordnete Domprobst Holzer aus Erlangen beging heute die Feier seines 50jährigen Priester-Jubiläums. Des Kaisers Majestät hat dem Jubilar den Stern zum rothen Adlerorden 2. Klasse verliehen, Ihre Majestät die Kaiserin demselben eine kostbare Porzellanvase verehrt. Der Präsesident des Abgeordnetenhauses Herr von Forckenbeck brachte dem allverehrten Mann in seiner Wohnung seine Glückwünsche dar.

— Berlin, 24. Februar. [Die Special-Untersuchungs-Commission und der Abg. Lasker. — Das Herrenhaus zum Diätengesetz. — Katholische Macht am Rhein. — Priesterjubiläum des Abg. Holzer. — Herr v. Bernuth. — Berliner Arbeiter als Staatsgläubiger.] Die Constitution der Untersuchungscommission ist zur Zeit noch nicht erfolgt. Indessen haben Vorbesprechungen der Mitglieder unter sich mit einzelnen Ministern stattgefunden. Daran werden die Journalmittheilungen zurückgeführt werden müssen, welche den Zusammenritt der Commission für gestern anzeigten. In Abgeordnetenkreisen wirkt man

immer noch die Frage auf, ob nicht die Instructionen mit den erforderlichen Garantien für die richterlichen Befugnisse der Untersuchungscommission den verschleppenden Gang eines zu erlassenden Gesetzes abkürzen würden. Die Zweifel mögen deshalb entstanden sein, weil ein bezüglicher Gesetzentwurf, welcher dem Ministerrath vorlag, nicht dessen Zustimmung erhalten zu haben schien. Wie wir jedoch von verlässlicher Seite erfahren, ist ein solcher im Justizministerium vor drei bis vier Tagen in der Ausarbeitung begriffen gewesen. Es wird somit angenommen, daß es sich um einen zweiten Entwurf, vielleicht nur um eine Umarbeitung des früheren handle. Ein Zeitverlust dürfte hierdurch nicht entstehen, weil der treibende Factor der Commission, wir meinen den Abg. Lasker, mit der Entgegennahme persönlicher Eröffnungen und Sichtung des reichen Materials, welches ihm aus allen Theilen des Landes zufließt, so sehr beschäftigt ist, daß es ihm schwer wird, die Plenar-Commissions- und Fraktionsitzungen des Abgeordnetenhauses zu besuchen. — Aus dem Herrenhause verlaufen nicht günstige Urtheile über die Gesetzentwürfe der Regierung betreffs der Erhöhung von Diäten- und Reisekosten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Eine Wiedergabe der Gründe an dieser Stelle scheint nur gegen die Würde der Volksvertretung zu verstoßen. Vielleicht machen sich die Feinde im Saale am Dönhofsplatz zum Organe ihrer Stellungsgenossen im Hause der Lords, sobald in die Beratung des Gesetzes eingetreten wird. Jedenfalls sind solche Dispositionen unter den Sunten vorhanden, daß der Fall der Gesetzentwürfe im Herrenhause nicht unmöglich erscheint, wenn die Regierung nicht ihre ganze Autorität für die Durchbringung desselben einsetzt. Daß dies unterbleiben wird, wie man hier und da vermutet, ist nicht anzunehmen. Das Ministerium würde so indirekte feindselige Auffassungen bestätigen, als ob die Vorlagen nur eingebracht worden, um im Herrenhause begangen zu werden. — Die altkatholische Bewegung in den Rheinlanden verursacht den Ultramontanen doch etwas Kopfschmerzen. Insbesondere ist es nicht bloß die Befragung von Gemeindevorständen und Schulämtern durch Alt Katholiken im Nassauischen, sondern die prompte Ueberwachung der Kanzel durch die „Sectirer“, welche die Gemüther der frommen Schwarzen empört. Wie und nämlich nassauische Abgeordnete mittheilen, machen es sich ihre altkatholischen Freunde in der Heimath zur Pflicht zu jeder Predigt orthodoxer Pfaffen zwei Mitglieder zu deputiren, um die Einhaltung des Kanzelparagraphe zu überwachen. Dieses Verfahren wird insbesondere bei den Wahlen empfohlen und auch anderswo angewendet werden. — Der Abg. Domprobst Holzer feiert heute sein 50jähriges Priesterjubiläum. Er ist als liberaler Katholik bekannt und in Abgeordnetenkreisen wird Werth darauf gelegt, daß ihm der Kaiser den Rothen Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub und die Kaiserin ein prachtvolles Porzellanvase mit den Wappen des kaiserlichen Ehepaares und begleitet von einem huldvollen Handschreiben, überreichen ließen. Die zahlreichen parlamentarischen Freunde des Jubilars, zumeist der nationalliberalen und Fortschrittspartei angehörig, machten ihm eine werthvolle Dose zum Geschenk. — Der Justizminister v. Bernuth wurde als Herrenhausmitglied für die Untersuchungs-Commission in Vorschlag gebracht, als man die Entdeckung machte, daß er irgendwo Verwaltungsrath sei. Es wurde sofort Abstand von der Wahl genommen und Herr Prof. Baumstark aufgestellt. Herr v. Bernuth's Stellung ist übrigens eine unentgeltliche und hat nichts mit dem heutigen Concessionswandel zu thun. — Bekanntlich sind in Folge der Strikes in England zahlreiche deutsche Metallarbeiter von Unternehmern dahin gelockt worden. Ihre üble Behandlung zwang sie zur Rückkehr und entblößt von allen Hilfsmitteln mußten sie die Unterstützung der deutschen Consuln in Anspruch nehmen. Das Polizeipräsidium ist nun beauftragt, die hier wohnenden Arbeiter zur Rückzahlung der geleisteten Geldvorschuße anzuhalten. Die Vernehmungen haben bereits begonnen. Seitens der Arbeiter wird behauptet, daß sie an die Unternehmer noch Forderungen haben, welche sich an die unerfüllten Verträge knüpfen und die Regierung möge die Consuln veranlassen, jene Speculanten zur Zahlung zu verpflichten, welche sich für den sichern Erwerb der Arbeiter verbürgten.

D. R. C. [Der Abg. Bräuning] (Wahlkreis Ledlenburg) hat sein Mandat niedergelegt und diesen Schritt durch folgende Erklärung an seine Wähler motivirt: Bei der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Art. 15 und 18 der Verfassungs-Urkunde habe ich gegen die Verfassungs-Abänderung gestimmt, weil ich mich meinen Wählern gegenüber verpflichtet hielt, verfassungsmäßig garantierte Rechte der Kirche nicht aufzugeben, und weil ich zugleich einzelne Bestimmungen der bekannten Gesetzentwürfe, welchen durch die Verfassungsänderung Raum geschaffen werden soll, nicht billigen konnte. Zugleich sind diese Entwürfe in den betreffenden Bestimmungen seitens der Commission des Hauses so wesentlich gemildert, daß ich eine gänzliche Ablehnung derselben nach erfolgter Abänderung der Verfassung mit meiner politischen Ueberzeugung nicht mehr vereinbaren konnte. In dieser Lage glaube ich, das Mandat nicht weiter führen zu können, und habe dasselbe heute niedergelegt. [Leichenbegängniß.] Gestern Vormittag fand das Leichenbegängniß des am 19. d. M. verstorbenen Redacteurs des „Magazin für die Literatur

des Auslandes“ Joseph Lehmann vom Trauerhause in der Matthäikirche statt. Eine außerordentlich zahlreiche Versammlung, in welcher wir Notabilitäten aller Gebiete des öffentlichen Lebens, der Politik, Wissenschaft, Literatur, Kunst, Presse u. s. w. bemerkten (wir nennen nur die Abgeordneten Lasker und v. Rönne, die Professoren von Solgendorff und Lazarus, Verhölde Auerbach, Dr. H. B. Oppenheim u. A.) und denen sich Abgeordnete zahlreicher Vereine (des Letzter, Handwerker, Volkshausvereins u. c.) angeschlossen hatten, gab Zeugnis, in wie weiten Kreisen sich der Heimgegangene Anerkennung und Verehrung zu erlangen gewußt hat. Vor dem unter Palmen und Kerzen aufgeführten, mit Blumen und Kränzen bedeckten Sarge entwarf der Rabbiner Dr. Geiger noch einmal ein Bild des reichen Lebens des Verstorbenen, der durchaus ein Mann der eigenen That und Kraft, bis in sein Alter, ja bis in die letzten Tage seines Lebens allem Hören, Guten und Edeln mit unermüdblicher Thätigkeit zugewandt und recht eigentlich „ein Bruder seinen Menschenbrüder“ gewesen ist. Als ein solcher, der bei allem nationalen Patriotismus doch nie aufgeblüht hat, auch den Gliedern aller anderen Völkern Gerechtigkeit zu Theil werden zu lassen, wird er fortleben. — Ein großes Gefolge gab der Leiche des Dahingegangenen das Geleite nach dem jüdischen Kirchhofe, wo nach den üblichen Gebräuchen die Beisetzung derselben erfolgte.

Braunsberg, 21. Februar. [Untersuchung.] Gegen den Gerichtsrath-Rendant Rosenmund hier ist wegen Unterschlagung ihm amtlich anvertrauter Gelder — man spricht von 2400 Thlr. — heute die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

— Dresden, 24. Februar. [Zum Granderthum.] Herr v. Erdmannsdorff, Partikularist und Ultramontaner vom reinsten Wasser, hat sich bereit, den Kaiser der sächsischen 1. Kammer zu spielen. In einem Vorbericht über die Eisenbahn-Vorlagen der gegenwärtigen Session geistert er das „schwindelhafte Granderthum“, indem er alle Manipulationen aufdeckt, deren man sich bedient. So z. B. bringt er folgenden, zwischen drei Grändern abgeschlossenen Contract zur öffentlichen Kenntniß: „Zwischen X., Y., Z. ist heute folgendes Abkommen getroffen. Die betr. Herren haben sich vereinigt, um die Vorconcessionen zum Bau einer Eisenbahn von A. nach B. von den betreffenden Regierungen zu erwirken, und demnach diese Concession an den Herrn Dr. Stroupsberg oder andere Persönlichkeiten gegen Entgelt abzutreten. Alle drei verpflichten sich, nach besten Kräften an diesen Vorarbeiten mitzuwirken und den dadurch erzielten Gewinn resp. Verkaufspreis in drei gleiche Theile zu theilen; auch machen sich die betreffenden Herren anheischig, alles, was durch den Ankauf der Ländereien u. oder bei dem Bau der Bahnen später durch Uebersetzungen erzielt wird, zu gleichen Theilen zu nehmen. Die hierdurch erwachsenen Kosten werden gemeinschaftlich getragen, auch diejenigen Kosten, welche dadurch entstehen sollten, welche einer der Herren einflußreichen Persönlichkeiten zur schnelleren und sichereren Erzielung der Concessionen versprochen sollte, auch ihrerseits zu acceptiren und zu gleichen Theilen dazu beizutragen.“ X. den 3. Juni 1872.

In einem Nachtrage wird ferner bestimmt, daß die Verhandlungen an einflußreiche Persönlichkeiten von vorgängiger Vereinbarung unter den Contrahenten abhängig sein sollen. — Die Herren X., Y., Z. sind preussische Bankiers und Herr v. Erdmannsdorff sagt deshalb in seinem Bericht: „Es gericht der Deputation zur besonderen Befestigung, constatiren zu dürfen, daß kein Glied dieses noblen Klebblatts ein Sachse war, und daß unter den in diesem denkwürdigen Vertrage bezeichneten „einflußreichen Persönlichkeiten“ nachweislich keine sächsischen Staatsdiener gemeint sein können.“ Nach dieser und ähnlichen Enthüllungen beantragt die Deputation:

- 1) Die Kammer wolle die hohe Staatsregierung ersuchen: unnachlässig den Staatsanwalt in Kenntniß zu setzen, sobald sie gewahrt, daß Gesellschaften oder Gränder falsche Vorpiegelungen machen.
- 2) Die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die bei Ertheilung von Concessionen zum Bau von Eisenbahnen hinterlegten Cautionen dann unbedingt als verfallen anzusehen und zum Besten der Staatskasse einzuziehen, wenn innerhalb der bei der Concessions-ertheilung festgesetzten Fristen der Bau nicht begonnen und die fertige Bahn dem Betriebe nicht übergeben wird; wenn aber eine Verzögerung nachweislich ohne alle und jede Schuld der Unternehmer eingetreten sein sollte, wegen ausnahmsweiser Zurückzahlung der verfallenen Caution der nächsten Ständeverammlung eine Vorlage zu machen.

Es ist kein Zweifel, daß die Kammer diesen Anträgen ihre Zustimmung ertheilt.

Leipzig, 22. Februar. [Promotion.] Gestern Nachmittag ist Fräulein Johanna Gwethoff aus St. Petersburg nach wohl bestandener mündlicher Prüfung von der hiesigen Juristen-Facultät zum Doctor beider Rechte ernannt worden. (E. 3.)

Darmstadt, 22. Februar. [Ein herzerweichender Unglücksfall.] Wird aus der Provinz Oberhessen gemeldet. Zehn Confraternanten aus einem Dertchen bei Homberg a. d. D. hatten sich des Morgens zur Confraternationsstunde auf den Weg nach dem erwähnten Pfarrdorf begeben. Als sie zur gewohnten Zeit, ja selbst bis zum Abend nicht zurückgekommen waren, wurden von den angestrichenen Angehörigen der Vermissten Nachforschungen nach ihnen angestellt. Das Resultat war ein entsetzliches. Die Kinder waren auf dem

Faschingbegraben.

Eine Aschermittwochsfeier in den Alpen.

Die Volkspoesen, die sich im Mittelalter so eng an die Jahreszeiten, an regelmäßig wiederkehrende Ereignisse, als Tausen, Hochzeiten, kirchliche Festtage u. s. w. und an die religiösen Ceremonien lebten, haben sich besonders in den Gebirgsländern lange erhalten und scheinen erst in unfernen Tagen nach und nach in Vergessenheit zu gerathen. Es ist aber, als ob in irgend einem Winkel des Volkscharakters diese Poesen noch einmal einer Auferstehung entgegenstünden, so leicht und lustig können sie bei besonderen Anlässen wieder hervorbereiten.

Die Zeit des Carnevals bis zu den Ostern hinaus ist die ceremonienreichste, weil hier noch die erhaltenen Sitten des Heidenthums mit den Gebräuchen der Kirche zusammenfallen.

Zwar die Kirche verhält im Angesichte der Fastenzeit schon um vierzehn Tage vor dem Ende des Faschings ihr Haupt. Aber gerade, wenn die Altäre der Pfarrkirche in das düstere Blau gehüllt sind, deckt das Wirthshaus erst recht seine Freuden und Lustbarkeiten auf, und macht der Carneval seine ausgelassensten Sprünge.

Der Pfarrer predigt bereits eindringlicher als je Buße und Bekehrung, aber die Pfarrkinder, und besonders die jüngeren denken: damit hat's noch Zeit, bis der Aschermittwoch kommt; jetzt sind die Musikanten wohl auf, und der Wirth hat drei Schweine abgethan, und überall giebt's fette Bissen, und daß Eins sich jetzt in finstere Winkel ducken soll, das kann der lieb' Herrgott von einem ordentlichen Christen doch nicht verlangen! — Und weiters: wenn man auch ein wenig arg ballodieren thut, 's kommt ohnehin die Osterbeichte, und ein paar datterde Sünden mehr ruden zum allgemeinen Vorrath schon noch mit.

Im Hofe giebt es ja keine dringenden Arbeiten, nur daß täglich dreimal das Vieh muß gefüttert werden; die Pferde kriegen mehr Haber als sonst, die Ochsen reichlicheres Heu unter das Stroh, die Kühe bekommen gar Melkkränze, weil ja Fasching ist. Auf einmal aber merkt die junge Rühmagd, es sei bei der „Braunen“ der Barren verrückt. Allein vermag sie den großen Holztrog nicht gleichzustellen, da ruft sie den Ochsenbuben, der ist reichschaffen stark, der ist schon so gut und hilft ihr den Barren zurechtzulegen.

Es muß ein schweres Stück Arbeit sein, denn nach derselben

sinkt der Ochsenbub nur so in's Heu; und ein wenig rasten, weil Fasching ist, denkt sich die Magd, wird so arg gefehlt nicht sein.

Und in der Küche ist ein Schmoren und Braten, und im Wirthshaus ist ein tolles Musciren die ganzen Nächte durch. Und am letzten Fasching-Sonntag kommt gar der Herr Pfarrer auch, und die ganze Nacht bleibt er da und guckt ein wenig in den Winkeln herum, ob denn doch wohl nichts Unrechtes geschieht. Nu, Unrechtes merkt er jaß nichts, aber vom Bußethum ist schon auch keine Spur.

Indeß, Ceremonielles kommt in der Faschingszeit nicht viel vor, Jeder läßt sich gehen, wie es mag, und thut, was ihm taugt. Geeizneter aber für herkömmliche Poesen und bildliche Darstellungen ist der plötzliche Uebergang von den übermüthigen Freuden der Fastnacht in die beschauliche Ruhe des Aschermittwochs.

Tritt mit dem Ende des Faschings gleichwohl eine gewisse Abspannung ein, und streut auch die Kirche mit ernster Miene der tolen Ausgelassenheit eine Handvoll Asche ins Gesicht, so legen sich die hohen Wogen doch nicht so bald; ja im Gegentheil, die erregten Sinne suchen nach neuen Schwänken und Lustbarkeiten, welche den Tanz und die Fleischschöpfe ersetzen sollen.

Am Morgen des Aschermittwochs, da sitzen sie schler tagenjammerlich zusammen in Dorfwirthshäusern, die Burschen. Die Musikanten sind eingeschlafen, und schnarchen, anstatt zu blasen. Die Mädchen sind verdrossen heimgegangen zu ihren häuslichen Arbeiten, und unter dem Tisch magt der Hund an den übrig gebliebenen Knochen der fetten Tage. In den Spielkarten fehlt der Herzstebener, das As oder der Eichelbub und die Schellham; im Fastnachtsgewirre sind sie abhanden gekommen, weiß Gott, in welchem Winkel sie stecken. Der Wein ist blas und abgebrannt, der hat viel Wasser trinken müssen unten im Keller. Das Bier hat wässrige Augen, in den Geldbeuteln ist Einsde und Verlassenheit; in den Tabakspfeifen ist todte, kalte Asche — Aschermittwoch.

Da schlägt plötzlich ein Bursche die flache Hand auf den Tisch und sagt: „Buben, ich weiß was, jetzt gehen wir den Fasching begraben!“

Hallo! da sind Alle gleich dabei. Zwar, die Weissen wissen es gar nicht, was nun wird, denn das Faschingbegraben war schon seit vielen Jahren nicht mehr da gewesen, das hatten nur die alten Leute gern geihan. Aber der „Anstifter“ leitet alles. Er sagt nicht erst, so und so und das thun wir nun, und hier greift zu! — gleich den

Wirth ruft er: He, den Kellerschlüssel her!“ und gleich in die Küche schreit er hinaus: „die Sterzpfaunen und die Fleischschöpfe und die Hasendecken brauchen wir!“ und er giebt Befehl in die Kammer: „Blau und schwarze Tücher herbei, Fastentücher, Hungertücher, und verhält die Fenster damit, und macht einen Vorhang an die Thüre, und brecht den Bänken und Tischen die Füße um, daß sie niederstürzen! Wo ist der Schulmeister? in die Kirche kommen wir auch!“

Und nun stürmen Alle in den Keller, schleppen die leeren Fässer hervor, überdecken sie mit den noch fetten Tischtüchern und nageln die leeren Brillestangen und Geldbeutel darauf. Dann beschwären sie einander in wildem Balgen die Gesichter mit Kienruß, vielleicht zum Zeichen der Trauer; dann schellen sie mit den Pfannen und Töpfen und Hasendecken. Dann laden sie die Fässer auf Bahnen, und tragen sie aus dem Hause, und dann wallen die Verhüllungen über Fenster und Thüren, und nun ist es dde und dunkel im Wirthshause — und den Fasching haben sie hinausgetragen.

Vor Zeiten segneten sie die Bahnen in der Kirche förmlich ein, aber eine derartige Concurrrenz leidet der Pfarrer denn doch nicht mehr und der Schulmeister, resp. der Mesner schließt nicht auf.

So schält und jöhlt denn der Leichenzug an der Kirche vorüber und abwärts gegen den Wiesenrain, oder aufwärts gegen den Waldhang. Dort werden die leeren Fässer und Geldbüchsen begraben. Am Grabe wird von dem Mundfertigen eine ergreifende Leichentede gehalten, in welcher die Vorzüge und Verdienste des zu Beilagenden gebührend gewürdigt werden, und welche mit dem Ausdrucke beharrlichen Glaubens an eine freudenreiche Urständ schließt.

„Er hat uns gespeist, er hat uns getränkt, er hat uns mit laubfrischen Dindeln beschenkt; vielenhat er gar ein Weibel gebracht, Allen die Taschen leichter gemacht. Bei der Nacht hat er uns nischlafen lassen, in die Baden hat er uns gewiegt auf allen Gassen; und zuletzt hat er's soweit getrieben, daß das ganz Wintangehebt hat zu fieden. Gefommen ist er wie ein Mäuslein gefschliffen, auf Füßchen und Gsel ist er gerlitten, und aus unserer Mitten ist er wie ein Schelm gewichen. Will sein Gallodria nicht mehr taugen, so streut er uns Aschen in die Augen. Aschen, Aschen, in die leeren Taschen, sonst giebt's nichts mehr zu naschen. Alter Geselle, so müssen wir scheiden; dein Denkmal steht beim Wirth auf

Es der ihm ihrem Ziele Homberg entgegengeleitet, waren eingebrochen, und sämtliche Constanzen hatten ihren Tod gefunden.

Stuttgart, 21. Febr. [Herr v. Varnbüler und der deutsch-französische Krieg.] Der „Kln. Z.“ wird geschrieben: Man wird sich noch des Zeitungskrieges erinnern, der im Herbst 1871 zwischen dem Freiherrn v. Varnbüler und dem Grafen St. Valler geführt wurde. Varnbüler war beim Ausbruch des Krieges gegen Frankreich im Jahre 1870 württembergischer Minister des Auswärtigen, St. Valler zu derselben Zeit französischer Gesandter in Stuttgart gewesen. Nach Beendigung des Krieges begann eine Epoche von Enghaltungen. St. Valler ließ in seinen Beiträgen hierzu die Behauptung laut werden, es wäre im Jahre 1870 ein Leichtes gewesen, die süddeutschen Staaten von der Sache Deutschlands zu trennen, und stellte in Aussicht, den Nachweis hierfür zu führen. Dem entgegen erklärte Varnbüler, er wolle abwarten, ob St. Valler diesen Nachweis versuchen werde; zureichenden Falles werde er mit einer authentischen Darstellung der dem Kriege vorangegangenen Verhandlungen antworten. Glükwillen erklärte er für unwahr, daß Württemberg geäußert habe, Partei gegen Frankreich zu nehmen und daß es nur durch Bayern sich habe fortsetzen lassen. Er, Varnbüler, habe schon am 13. Juli 1870 dem französischen Gesandten mitgeteilt, daß Württemberg im Kriegsfall gegen Frankreich stehen werde. Varnbüler sammelte, wie man damals zuverlässig hörte, im Herbst 1871 würtlich Material zu jener „authentischen Darstellung“, welche jedoch unterblieb, da St. Valler seinen Beweis nicht antrat. Bei einer ganz anderen Gelegenheit kommt nun ein Theil dieses Materials an den Tag. Varnbüler ist Candidat für das durch Reichers Rücktritt erledigte Mandat des zweiten württembergischen Wahlkreises zum Reichstag; wie man annimmt — ausständischer Candidat, da die deutsche Partei, auf deren Unterstützung er wohl gerechnet hatte, einen anderen Candidaten, den Professor Mac von Ludwigsburg, aufgestellt hat. Die Wahl findet am 4. März statt. Während Mac den Bezirk bereiste, war Varnbüler durch Unwohlsein zu Hause festgehalten, und nun, da die Zeit drängt, veröffentlicht er eine Ansprache an die Wähler, um sein Programm darzulegen. Er beginnt darin mit einer Darstellung seiner Thätigkeit als Minister beim Ausbruch des Krieges 1870, „weil diese die verschiedenste Beurteilung gefunden hat“. Der bezügliche Abschnitt der Ansprache lautet:

Auf die Nachrichten über beginnende Verhandlungen mit Frankreich lehrte ich am 11. Juli aus dem Bade Liebenzell nach Stuttgart zurück. Am 12. erhielt ich von der Station Stuttgart die Abschrift des telegraphischen Verzeichnisses des Fürsten von Hohenzollern auf dessen Throncandidatur. Am 13. erstattete mir der französische Gesandte, daß Frankreich, damit nicht zufrieden, verlange, daß der König von Preußen dem Prinzen von Hohenzollern verbiete, je wieder auf seine Candidatur zurückzukommen. Darauf erwiderte ich ihm sofort: dies sei eine Beleidigung des Königs und Deutschlands, Süddeutschlands wie Norddeutschlands, und wenn Frankreich darauf beharre, werde daraus ein Nationalkrieg entstehen. Er solle dies als den Ausdruck des württembergischen Ministers seiner Regierung mittheilen. Ich schrieb ungekürzt dem bayerischen Minister, er möge sich in gleicher Weise ausdrücken, und theilte meine Antwort dem preussischen Gesandten mit, welcher mir Tags darauf, „den wärmsten Dank des Grafen Bismarck für meine lokale Erklärung überbrachte“. Am 17. erfuhr ich, daß die Stimmung in dem bayerischen Abgeordnetenhaus eine zweifelhafte sei, man wolle die Bewilligung der Kriegsgelder an Bedingungen knüpfen. An demselben Tage eilte ich nach München, verständigte mich mit dem bayerischen Minister in der Nacht, am 18. nahm derselbe in der Kammer eine sehr entschiedene Stellung ein, der Credit wurde mit vier Stimmen Majorität bewilligt. Am 21. brachte der württembergische Finanzminister den Kriegscredit ein, am 22. wurde er, nach einem Vortrage von mir, mit allen gegen eine Stimme bewilligt; an demselben Tage erhielt der französische Gesandte seine Pässe, und verlangte der württembergische die seinen in Paris. Damit war der Krieg erklärt. Warum blieben die französischen Gesandten in Süddeutschland, nachdem in Berlin die Verbindungen abgebrochen und der Krieg erklärt war? Damit verhält es sich, wie folgt: Am 15. Juli machte die preussische Regierung hier den Vorschlag, den diplomatischen Verkehr im Süden und Norden gleichzeitig abzubrechen. Ich telegraphirte sofort unserem Gesandten nach Paris, er solle sich zur Abreise bereit halten, stellte jedoch in Berlin vor, es würde wohl nützlich sein, die Franzosen noch etwas hinzuhalten, wir gewinnen dadurch Zeit zur Rüstung und erleichtern ihnen ihr militärisches Vorgehen gegen Süddeutschland. Dies wurde in Berlin, als sehr zweckmäßig, vollkommen gebilligt. Daß es den Franzosen sehr unangenehm war, beweist ein Befehl an den französischen Gesandten vom 16., von mir eine unumwundene Erklärung über die Haltung Würtbergs zu verlangen, weil es für Frankreich militärisch und politisch von höchster Wichtigkeit sei, genau zu wissen, woran es sei. Es gelang zu unserem Vortheile, den französischen Gesandten noch mehrere Tage hinzuhalten, während man in Berlin genau wußte, woran man mit uns war. Wir wissen jetzt aus dem Generalkaballe, daß wegen der Unsicherheit, in welcher man in Frankreich über die süddeutsche Truppenaufstellung war, General Douay mit seinen Truppencorps bei Belfort stehen blieb; er fehlte den Franzosen bei Wörth.

De f e r r e i d.

Wien, 24. Febr. [Ein letzter Generalsturm auf die Wahlreform.] Es gilt jetzt eine letzte — wenn auch noch nicht allerletzte Generalattaque auf die Wahlreform. Nicht nur weil Fürst Georg Lobkowitz in Wien, der böhmische Oberlandesmarschall aus der

Hohenwart'schen Epoche, der in der Cabinetskanzlei Sr. Majestät sieben Bände mit einer Viertelmillion Unterschriften zu der Adresse gegen die Wahlreform deponirt hat — beiläufig derselbe Mann, der im „Waterland“ Alles Ernstes aufforderte, den Führern der Deutschböhmen, die Kasse vor die Füße zu legen“, wenn sie den Lärm gegen die Fundamentalartikel nicht einstellen. Auch die Grafen Clam-Martinic und Hohenwart sind hier eingetroffen, um zu sehen, was sich machen läßt. Sie stehen in engem Zusammenhange mit dem Führer der Feudalen unseres innerösterreichischen Adels, dem Grafen Falkenhayn, und durch diesen mit dem Führer der ungarischen Altkonservativen, Baron Sennyey. Schon seit vierzehn Tagen dauern diese Conventikel in Wien. Theoretisch ist so viel ausgeführt, daß Graf Hohenwart scheitern mußte, weil er nicht stark genug war, das Werk feudal-jesuitischer Reaction gleichzeitig in Pest und in Wien in Angriff zu nehmen. Dies Mal soll also gleichzeitig ein Fundamentalartikel-Cabinet dinstellen und ein Ministerium Sennyey jenseits installiert werden. Die Bände behauptet, der Erzherzog Albrecht für ihre Programme zu haben, indem sie ihm vorgestelt, daß bei der einzige Weg, die „hochverrätherliche“ deutsch-freundliche Politik Andrássy's los zu werden. Der Prinz sei Willens, um diesen Preis ein vollständiges Revirement in Ungarn und den Erblanden zu unterstützen. Man habe ihm begreiflich gemacht, daß der Parlamentarismus die Monarchie so weit schwäche, ihr jeden Revanchekrieg unmöglich zu machen. Ob es gelungen, Sr. kaiserlichen Hoheit zu beweisen, daß die föderalistische Zersäuerung der Armee, die tiefe Verbitterung der Ungarn und Deutschen die günstigste Vorbedingung für einen Machtkrieg sei, darüber schweigen die Staatsweisen aus Prag. Dagegen hoffen sie große Dinge von dem Eindruck, den der jetzt endlich definitiv beschlossene Exodus der Polen aus dem Reichsrathe bei Hofe machen werde. Graf Goluchowski hat bei diesen Verhandlungen eine mehr als zweideutige Rolle gespielt und hat außerdem das Ohr des Kaisers, da er seinen Zutritt bei Sr. Majestät hat, um über den Gang der nunmehr abgebrochenen Negotiationen zu berichten. Daß er dies natürlich ganz im Sinne der clerical-feudalen Verschworen-Ligue thut, ist selbstverständlich.

Wien, 24. Februar. [Die Polen] haben sich endlich entschieden. Sonnabend Abends beschloßen sie nach dreistündigen erregten Debatten, auf eine Specialberatung der vom Grafen Goluchowski vorgelegten Concessionen nicht einzugehen und den Reichsrath bei der zweiten Lesung der Wahlreformvorlage unter Protest zu verlassen. Die Herren beabsichtigen jedoch, noch an den Delegations-Wahlen theilzunehmen, bevor sie aus dem Reichsrathe scheiden.

[„Concordia“] Der Wiener Journalisten- und Schriftsteller-Verein „Concordia“ hielt gestern seine statutenmäßige Generalversammlung. Der Präsident eröffnete dieselbe mit einer Ansprache, in welcher er auf die materielle und moralische Bedeutung, welche der Verein im abgelaufenen Jahre erlangte, hinwies. Der Grazer Schriftstellerverein, eine Anzahl Pester Journalisten und in neuester Zeit die Pariser Journalisten wandten sich an die „Concordia“ mit dem Ersuchen, über die Gründung des Wiener Vereins, seine Statuten u. dgl. Aufschluß zu erhalten, da man in den oben genannten Städten ähnliche Vereine ins Leben zu rufen beabsichtige. Der Brief aus Paris ist vom Redacteur des „Moniteur Universel“ Herrn Rey im Namen zahlreicher französischer Journalisten an die Herausgeber der „N. Fr. Presse“ gerichtet und — ein kleines Zeichen der Zeit — in deutscher Sprache abgefaßt. Die französischen Journalisten bitten in dem Briefe ihre Wiener Kollegen, sie möchten ihnen, da sie einen Verein nach dem Muster der „Concordia“ in Paris zu gründen beabsichtigen, die Statuten des Vereins und die verschiedenen seit der Gründung erschienenen Berichte übersenden. Die Mittheilung ward von der Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt. Nach längerer und eingehender Debatte wurde der Antrag des Vorstandes und Ausschusses: „eine Commission von 15 Mitgliedern zu wählen, welche in einer spätestens in vier Wochen stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung hinsichtlich der Ergründung von Maßregeln gegen das die Würde der Presse schädigende Treiben der Auswüchse der Journalistik definitive Schlussanträge zu stellen hat“, angenommen.

S c h w e i z.

Bern, 20. Februar. [Im Großen Rath von Genf] ist gestern — so schreibt man der „A. Z.“ — die dritte und letzte Beratung des neuen katholischen Cultusgesetzes geschlossen worden. Die Verhandlungen eröffneten mit einem Zwischenfall, der, hervorgerufen durch zwei an den Großrathspräsidenten adressirte Briefe, deren Mittheilung James Fazy verlangte, Anlaß zu einer lebhaften Debatte gab. Der erste dieser Briefe enthielt einen Protest gegen die „Verhaftung und außergerichtliche Ausweisung des Monsignore Mermillod, Bischof von Hedron und apostolischen Vicars des Cantons Genf“, unterzeichnet im Namen des Clerus des Cantons von einem sich den Titel „Generalvicar“ gebenden Herrn Dunoyer und den drei Erzpriestern von Genf, von Chêne und von Carouge. Nach dem Protest dieser Herren erregt diese durch nichts motivirte Maßregel allgemeinen Unwillen nicht nur in der Schweiz, sondern in der ganzen Welt. Daran erinnernd, daß seit 1815 kein Genfer Bürger aus dem Canton verbannt worden sei, erhoben sich die Urheber des Protestes gegen diesen unverdienten Schimpf, angethan dem Manne,

dem Priester, dem Bischof, der ein Ruhm für Genf und gleichzeitig einer seiner größten Wohlthäter sei, welche Schmeicheleien von der Tribune mit einiger Heiterkeit aufgenommen wurden. Einen wahren Sturm des Unwillens dagegen erregte die Phrase: „Diese Handlung ist ein Brandmal für diejenigen, welche sie begangen.“ Zum Schluß folgte eine förmliche Kriegserklärung. Die Unterzeichner fänden dem Großen Rath an, daß die Verbannung Mermillods die Legitimität des ihm vom Papst anvertrauten Amtes in keinem Punkt aufhebe, und daß ihre einzige Wirkung nur zur Vermehrung der Verehrung des Clerus und der Unterwerfung unter ihn beitragen werde. Unmittelbar nach Verlesung des Protestes erhob sich Cartaret mit der Bemerkung: daß in seinem Lande, selbst nicht in demjenigen, welches man ohne Unterlaß als Muster citirt und in dem die katholische Kirche im Besitze der größten Privilegien ist, öffentliche Beamte sich der Civilbehörde gegenüber solcher beleidigenden Sprache bedienen dürften. „Nur in Genf, in dem Lande der religiösen Verfolgungen, darf man sich solche Dinge erlauben, ohne vor die Gerichte gestellt zu werden.“ James Fazy verlangte, daß der Protest zu den Acten gelegt und Vormerkung von ihm im Protokoll genommen werde, weil es der Versammlung unwürdig sei, ihn mit Stillschweigen zu übergehen, worauf Cartaret James Fazy aufforderte, dem Großen Rath den Antrag auf Verlesung des Staatsraths in Anklagestand zu stellen, während Staatsrath Girod angeführte der verlegenden Sprache des Protestes einfache Tagesordnung verlangte, was unter Namensaufruf mit 90 gegen 6 Stimmen angenommen wurde. Der zweite Brief enthielt eine Petition einer Anzahl Maires und Adjuncten der katholischen Gemeinden des Cantons um Zurückziehung des neuen katholischen Cultusgesetzes aus der Discussion. Die Petenten erklärten zwar nur in ihrem Namen zu sprechen, aber nichtsfeweniger überzeugte zu sein, den Wünschen der Mehrheit ihrer Gemeinde-Angehörigen Ausdruck zu geben. Das Gesetz sei unpopulär, und werde nur confessionelle Kämpfe, vielleicht den Untergang von allem Glauben herbeiführen. „Dieses Gesetz — heißt es in der Petition — wird uns vor den Augen Europa's entrehren.“ Nur zwei Auswege gebe es aus der gegenwärtigen schwierigen Lage: entweder Anwendung der Bestimmungen des Art. 130 der Verfassung (Ernennung der Geistlichen seitens des Staatsraths in Gemeinschaft mit der geistlichen Oberbehörde u.), oder Trennung der Kirche vom Staat, basirt auf Achtung vor den erlangten Rechten. Das Gesetz sei unannehmbar, weil es nach der Meinung der Petenten von der katholischen Bevölkerung, welche ihren Priestern treu bleiben werde, niemals werde angenommen werden. In Folge dessen werde es zwei Culte und zwei Priesterschaften geben; die Kirchen und Pfarrhäuser aber seien Eigenthum der Gemeinden, denen sie entziffen werden müßten, um in die Hände einer Minderheit überzugeben. Schließlich behielten sich die Petenten betreffend die neuesten Maßregeln des Bundesraths weitere Schritte vor. Auf diese Petition bemerzte Cartaret: Beamte, welche sich Proteste gegen Acte der Regierung erlauben, würden in Frankreich sofort abgesetzt werden. In Genf sei dies nicht der Fall — ein neuer Beweis der Freiheit, welcher man sich selbst erfreue. Gros erwiderte, daß die Petenten nicht als Amtspersonen, sondern nur als Privatpersonen die Meinung der Mehrheit ihrer Gemeindeangehörigen ausdrücken, welche Ansicht von James Fazy und R. Bogt unterstützt wurde, worauf, beantragt von Wessel, dann auch entgegen dem Antrag Tognetti's auf Tagesordnung, die Petition auf dem Tisch des Bureau's deponirt wurde. Dieß besiegelt, ging die Versammlung zur dritten Beratung des neuen Cultusgesetzes über, bei deren Beginn James Fazy abermals den Entwurf der Minderheit, bestehend in Trennung von Kirche und Staat, präsentierte, was für den Redner, der sich keine Hoffnung auf Annahme machen konnte, nur der Vorwand zu einer heftigen Philippika gegen die Haltung des Bundesrathes und des Staatsraths in dem Mermillod-Handel war. Hauptächlich richtete James Fazy seine Angriffe gegen den erstern, muthmaßlich weil er, wie Cartaret äußerte, nicht anwesend war um sich zu vertheidigen. Den Staatsrath stellte James Fazy als ein einfaches Instrument in den Händen eines einzigen Mannes dar, und dieser Mann, dieser Doctor, dieser Revisionist, dieser despotische Freund der Gewalt und des Staatsrechts ist — Bundespräsident Gérolole. In dem ganzen Mermillod-Handel giebt es auch eine Verantwortlichkeit: der Papst ist unschuldig, Mermillod ist unschuldig, der Clerus ist unschuldig, der Staatsrath hat sich hinreichend lassen, der Bundesrath wußte nicht was er that, der einzige Schuldige, der Urheber von allem Uebel, ist Bundespräsident Gérolole. Selbstverständlich wurde das Phantom des Unitarismus nicht vergessen und der Bundesrath der Verlegung der Verfassung angeklagt, und daß er die Rechte eines Genfer Bürgers billig verkaufe. Uebrigens sprach R. Bogt, welcher an der Hand der Verfassung nachzuweisen suchte, daß ein Schweizer Bürger nicht ohne Urtheil bestraft werden könne. Den Applicationen der letzten Redner gegenüber bemerkt das „Jour-

der Thür mit der Kreiden; hie sie gelüßt, diese Inschrift Dein, wirst du schon lang wieder auferstanden sein.“

Auch viel herbere und herbere Grabreden giebt es; unseren Frauen zu Lieb seien sie mit dem Fasching begraben.

Der Wirth weiß es wohl zu lobnen, daß sie in seinem Hause das Unterste zu oberst gelebt, daß sie ihm die Geräthe und die Fässer davongetragen, ja vielleicht gar zerfallen haben. Er trauert sehr um den begrabenen Gast, der der Wohlthäter seines Hauses gewesen war im schönsten Sinne. Er ruft die Leidtragenden zusammen zu einem Todtenmahle; die Tische wollen sich schier biegen unter der Last der Gerichte — aber in den Schüsseln ist Sand und eitel Asche; der Braten ist zu Staub, das Brot zu Stein geworden. Nur in den Gläsern funkelt goldiger Wein. Wer sich von der verführerischen Farbe versuchen läßt und das goldige Naß an die Lippen leitet, der schleudert Glas und Inhalt wohl gar zur Thür hinaus, oder er geht auf den Schwanz ein, und giebt den Becher mit einem Lobspruch auf Wirth und Wein weiter. Aber der Becher wird geleert von seiner Lippe, er ist der erste, bittere Leidenskelch der Fastenzeit.

Alle Leute erzählen, in ihrer Jugend sei das Faschingbegraben an Aschermittwoch sehr allgemein und pomphaft und lustig gewesen, und sie freuen sich, wenn sie bei ihren Kindern und Enkeln die alten Pöffen und Schwänke wieder sehen, und gar selbstgefällig fragen sie: „Gell's, die alte Welt, die ist doch die beste?“

Die alte, lustigste, übermüthigste Welt die beste? — Mag wohl sein. Aber die neue zahme, kühl vernünftige, ein wenig blaßte Welt ist wie die Fastenzeit; sie ist grau, wie man sagt, daß die Theorie grau ist, und die — Asche.

Und seht, die Asche streut die neue Welt unbarmherzig über die alte, sich selbst aber zuwenden Sand — in die Augen.

Graz, Mitte Februar.

P. R. Rosegger.

Richard Turschmann.

(Faust.)

Richard Turschmann's Genius scheint die düsternen Gestalten voll Gram und Grauen zu lieben. Denn, nachdem er uns in seiner ersten Vorlesung den vom unabänderlichen Fatum bedrängten Ladaidenjohn vor die Seele gerückt und uns in der zweiten all das Leiden und

Weh des unglücklichen Dänenprinzen, dem eine allzugewaltige Lust, als daß er sie ertragen könnte, auf die Schultern gewälzt ist, hat mit empfinden und mitleiden lassen, fährt er uns gestern „Faust“ vor, jenes Werk unser Dichterkönigs, auf das wir Deutsche und wohl mit Recht als auf die erhabenste Blüthe der Poesie stolz sind und dessen Helben ein jedes Herz in leicht erklärlicher Weise sympathisch entgegenhält. Und in der That — um erst von Faust selbst zu sprechen — man muß gestehen, Richard Turschmann war ganz Faust in Ton und Miene, Geberde und Klang, jeder Zoll der Titan, dem „das Schicksal einen Geist gegeben, der unabhängig immer vorwärts dringt“ und von dem Mephisto Alles bezeichnend sagt:

„Ihn treibt die Gahrung in die Ferne;
Vom Himmel fordert er die schönsten Sterne
Und von der Erde jede höchste Lust,
Und all' Näß' und alle Ferne
Befriedigt nicht die tiefbewegte Brust.“

Wie überzeugend und wie tief erschütternd giebt Turschmann ihn jetzt in seiner eignen Zelle, den Rhythmen der Natur nachstimmend, vergeblich dem Schlüssel zum Verständnis nachgrübelnd, bis er endlich von seinen erfolglosen Anstrengungen überzeugt, an Gott und der Welt verzweifelt und wilde Flüche über alles das sendet, was wir zu lieben und zu segnen pflegen. Dann wieder, da die Dämonen seines Innern ruhen, wie ist er da im tiefen Dämmersehn von Gretchen's Zimmer ganz voll Empfindung und sinniger Betrachtung!

Was nun die Recitation der Mephisto-Rolle anbetrifft, so wick, wie uns scheint, Turschmann von dem Althergebrachten ein wenig ab und wahrlich nicht zu seinem Nachtheile. Während nämlich manche Schauspieler und Vorleser, wenn auch jetzt weniger, als früher, Mephisto als den „lustigen Junker“ auffassen; andere ihn nur und immer satanisch wiedergeben, hält Turschmann, in dem klassischen Gefühl des Maßhaltens, das in ihm wohnt, gewissermaßen den Mittelweg inne; er giebt ihn lustig, wo er lustig ist und satanisch, wo er der Verführer ist. Der Schall spricht aus dem, was er über die Weibhitz zum Schüler spricht, während und der Teufel entgegenrinst aus den Worten: „Brachte nur Vernunft und Wissenschaft u. s. w.“ und aus jenen gräßlichen, Lust am Verderben der Menschen verrathenden: „Sie ist die erste nicht.“ —

Und Gretchen! Wer Richard Turschmann den König von Thule hat singen hören, der kann erst zur rechten Würdigung der Fähigkeit desselben für Frauenrollen gelangen. Kein Fisieln, nichts von unangenehm quieschenden Tönen, aber dafür ein, weil von Herzen kommender, darum zum Herzen gehender, ergreifender Klang. Sah man Turschmann's Antlitz bei den Worten Gretchen's mit jenem Ausdruck kindlicher Unschuld, im Vorbewußtsein aufstrebender Liebe, man hätte kaum glauben wollen, daß dasselbe Antlitz auch die düstere Grabesmiene Faust's in der Reiter'schen zu zeichnen vermocht hätte. — Wir haben hier nur die Hauptmomente der gestrigen Vorlesung hervorgehoben; daß das Uebrige sich dem Ganzen würdig anschloß, brauchen wir wohl nicht erst zu versichern. Interessant war die schwierige Darstellung der Scene in Auerbach's Keller, die von den Anwesenden auch höchst beifällig aufgenommen wurde.

Herr Turschmann beabsichtigt in Folge des Anlages, den seine Recitationen hier gefunden haben, noch drei Vorträge zu halten, und wir versehen nicht, unsere Leser hierauf aufmerksam zu machen. Es sind seine Recitationen in solchem Grade hervorragend und einzig in ihrer Art, daß Niemand, der nur einigermaßen Sinn dafür hat, verabsäumen sollte, sich persönlich von ihrer Güte und Trefflichkeit zu überzeugen. Er wird finden, daß wir mit unserem Lobe eher hinter der Wirklichkeit zurückblieben. An Herrn Turschmann aber richten wir in seinem und namentlich im Interesse der Hörer die Bitte, sich künftig doch einige größere Kürzungen zu erlauben. Trotz aller Vortrefflichkeit ermüdet ein mehr als 2½stündiger Vortrag, fast kaum durch Pausen unterbrochen, doch einigermaßen und beeinträchtigt den vollkommenen Eindruck, den ein kürzerer Vortrag hinterlassen würde. Wozu Szenen vortragen, die auf das Stück selbst keinen Einfluß haben? Diese letztere Bemerkung hat ihren Grund in der gestern vorgetragenen „Herrensene“, die unserer Ansicht nach vollkommen weggelassen konnte. Von Einfluß auf die fernere Dichtung ist sie nicht und wollte Herr Turschmann bloß zeigen, daß er selbst die Weibstimmen auch darzustellen vermag, so bot ihm die Figur der „Martha“ dazu hinreichende Gelegenheit. Auf uns hat diese Scene, offen gestanden, nicht gerade den angenehmsten Eindruck gemacht.

nal de Genève" mit Recht: daß kein Schweizer Bürger ohne Urtheil bestraft werden kann, ist uns ebenso klar wie Hrn. Vogt. Ist es aber eine Bestrafung ohne Urtheil, wenn man irgend jemanden den Zutritt zum schweizerischen Gebiet so lange untersagt als er darauf beharrt, auf denselben Functionen auszuüben, welche ein Alerant auf die Souveränität des Landes sind? Welche Frage wird man der Jury stellen? Nicht Hr. Mermillod wurde verbannt, sondern der vom Papste ernannte apostolische Vicar. Dieser ist ausgewiesen und zwar auf eine definitive Weise vom ganzen Gebiet der Nation; denn schon seine Gegenwart auf diesem Gebiet ist ein Vergehen, kein gewöhnliches Vergehen strafbar durch die Gerichte, sondern eine Verletzung des internationalen Rechtes, welches durch administrative und politische Maßregeln verhindert werden muß. Dufosal rief James Fazy die Verbannung des Bischofs Marilley aus dem Canton Genf ins Gedächtnis zurück, zu welcher Zeit derselbe Mitglied des Staatsrathes war. Bischof Marilley sei auch ein Schweizer Bürger, James Fazy habe ihn aber ruhig zu Divoine gelassen, und sich wohl gehütet ihn von dort zurückzurufen. Bantier und Carteret vertheidigten den Bundesrath gegen die Angriffe James Fazy's. Erst auf das Breve von 16 Januar, betreffend die Ernennung Mermillods zum apostolischen Vicar, habe der Bundesrath intervenirt. Der betreffende Beschluß sei nicht vom Bundespräsidenten allein, sondern vom Bundesrath in corpore gefaßt worden. Nicht in Bern liegt die für diesen Conflict verantwortliche Person, sondern in Jerny. Die Revision der Bundesverfassung habe in keiner Weise etwas mit dem Conflict zu thun. Der Canton Genf habe die Bundesrevision nicht der confessionalen Frage wegen verworfen; nein in Genf habe man im Gegentheil gefunden, daß man in diesem Sinne nicht genug centralisirt gehabt habe. Uebrigens, bemerkte Bantier, ziehen wir, was Centralisation anbelangt, eine solche, die uns von Bern kommt, noch der vor, mit welcher uns Rom bedenken will. Carteret wiederholte nochmals seine Aufforderung: James Fazy solle die Verletzung des Staatsraths in Anklagezustand versetzen, wovon dieser aber nichts wissen will, weil der große Rath doch für alles stimmen werde, was der Staatsrath wünsche — ein Argument, das von der Versammlung nicht zum Besten aufgenommen wurde. Schließlich wurde ein Antrag R. Vogts auf Vorlegung des Gesetzes mit großer Mehrheit verworfen. Die Beratung selbst ergab Annahme des Gesetzes, wie es aus zweiter Beratung hervorgegangen, mit 76 gegen 8 Stimmen unter Namensaufruf.

[In Folge des Attentats auf den Polen Sempowski] sind in Zürich mehrere Verhaftungen unter der dortigen russisch-polnischen social-demokratischen Colonie vorgenommen worden. Wie es heißt, ist man einer heimlichen Verschwörung auf die Spur gekommen, welche sich außer Sempowski auch den Züricher Regierungsrath Pfenninger und den hiesigen russischen Gesandten, ebenfalls angeklagt, an der Auslieferung des Reichsgenossen Schuld zu sein, als Opfer auszuweisen. Ein durch die Schweiz reisender Pole-Soll Sempowski schon vor längerer Zeit eine Warnung haben zukommen lassen. Von dem Attentäter Scrynok hat man bis jetzt noch keine Spur.

Frankreich.

* Paris, 23. Febr. [Erläuterungen zum Bericht des Herzogs von Broglie.] In einer unter dem Vorsitz des Herrn St. Marc Girardin abgehaltenen Fraktionsversammlung des rechten Centrums gab der Herzog v. Broglie noch einige Erläuterungen zu seinem Bericht und suchte namentlich diejenigen Mitglieder zu beschwichtigen, welche auf das bisherige Zusammengehen mit der Rechten nicht verzichten möchten. Ueber diese Versammlung wird berichtet:

Der Herzog von Broglie führte aus, daß der Dreißiger-Ausschuß sich auf einen praktischen Standpunkt habe stellen und den politischen Verhältnissen Rechnung tragen wollen, in denen man sich befinde. Dieses sei um so wünschenswerther gewesen, als seit dem 29. November v. J. die Regierung der conservativen Partei Verdrüßung gewährt habe. Dieses sei ein Fortschritt gewesen, den man nicht dadurch hätte compromittiren dürfen, daß man einen Conflict hervorgerufen. Man müsse sich zu den erlangten Ergebnissen Glück wünschen, die in Betreff der Theilnahme des Präsidenten der Republik an den parlamentarischen Verhandlungen vollständig den Wünschen entsprächen, welche i. B. im Bericht des Hrn. Walthe ausgedrückt worden seien. Der Präsident könne nicht mehr fortwährend durch das Stellen der Vertrauensfrage auf der Versammlung lasten; er sei genöthigt, sich auf seine Minister zu verlassen, sie nach dem Sinne der Majorität zu wählen. Was den Artikel 4 anbelangt, so wäre es seinen Ansichten nach sehr unklug gewesen, die Frage zwischen Monarchie und Republik aufzuwerfen zu lassen. „Wir verlangen“, sagte der Herzog, „daß die Regierung diese Frage beilegte, und haben sie zugleich gezwungen, unser absolutes Recht uns zuzusprechen. Wann der Augenblick gekommen sein wird, wird die Regierung von uns verlangen, die Zukunft zu regeln. Wir haben nicht geglaubt, dieses verweigern zu können und deshalb willigten wir ein, die Frage Betreffs einer zweiten Kammer und die Wahlfrage zu prüfen. Diese beiden Maßregeln sind mehr monarchisch als republikanisch. Man sagte uns aber, die Majorität hat Concessionen gemacht; sie hat die Thüre der organischen Gesetze geöffnet, welche die Regierung der Kammer vorschlagen kann.“ Sind wir nicht immer die Majorität? Können wir nicht sagen: Geben Sie mit uns, folgen Sie uns auf der conservativen Bahn, alsdann gehen wir mit Ihnen. Um dieses Ergebnis zu erlangen, muß die Majorität einig bleiben. Bemühen wir uns daher, die Allianz der conservativen Partei aufrecht zu erhalten. Nur, wenn wir vereinigt bleiben, können wir den Triumph der Ordnungspartei erröcken.“ — de Labergne, Duissou und Paris erklärten hierauf, für den Bericht stimmen zu wollen. — de Cumont dankte Broglie für seine persönlichen Worte und schlug eine Versammlung der Vorstände der conservativen Fraktionen vor; er glaubt, daß man zu einem Einverständnis gelangen könne. Der Antrag de Cumont's wird einstimmig angenommen.

[Gegen die Führer des rechten Centrums] erhebt die legitimistische „Union“ in einem bitteren Leitartikel die Beschuldigung, mit ihrer Haltung in der letzten Sitzung des Dreißiger-Ausschusses einen förmlichen Verrath begangen zu haben. Es sagt darüber:

Die Wahrheit ist folgende: Die Herzöge von Audiffret-Pasquier und von Broglie haben nach dem Beispiele der Männer vom 4. September einen Pakt mit Herrn Thiers geschlossen. Wir kennen ganz genau ihre geheimen Schritte und Zusammenkünfte. Sie waren es, welche, von persönlichen Zwecken geleitet, den Versuch einer monarchischen Einigung Schwierigkeiten in den Weg legten und den Sieg des Herrn Thiers im Dreißiger-Ausschuß vorbereiteten. Anstandsbrüchlingen haben uns bisher abgefaßt, die Schleier zu zerreißen, welche diese Umtriebe bedeckten, die letzte Sitzung des Ausschusses war gut uns aber zu sprechen. Die Dreißiger haben capitulirt; sie haben die Geschichte des Landes dem Herrn Thiers preisgegeben und ihre Entschlüsse, die von fürchterlichen Folgen sein können, sind nur das Werk einer schändlichen Intrigue. Die Herren von Audiffret-Pasquier und von Broglie hielten die Gelegenheit für günstig, eine Rolle zu spielen und sich dem Herrn Thiers anzuschließen. Zwischen den Ruinen der monarchischen Einigkeit und des Dreißiger-Ausschusses entdeckten sie einen Platz für sich, wie er ihres Genies und ihrer Vaterlandsliebe würdig ist. Was durften sie hoffen? Eren zu erringen um den Preis der Ehre. Da haben sie nicht gezögert; sie haben die Hoffnungen eines Eintrags zwischen den monarchischen Parteien vernichtet und den Ausschluß in die Bahn der Putschvergeßlichkeit gestürzt. Sie haben den guten Glauben der Royalisten getrübt; sie haben die Prinzen gegen die Nation, welche ihr Spiel begünstigte, und nun erwarten sie ihren Lohn, aber zu ihrer Schande wird ihnen nur der ironische Beifall der Linken und das spöttische Lächeln des Herrn Thiers zu Theil werden. Sie werden jetzt selber die Betrogenen sein.

Wir haben von einer Intrigue gesprochen, und es wäre uns ein Leichtes, sie Schritt für Schritt in allen ihren Irzügen zu verfolgen. Der Herzog von Broglie hat ohne Zweifel eine gewisse Unterredung nicht vergessen, die er mit dem Präsidenten der Republik gehabt hat, und auf welche ein gewisser Besuch bei dem Grafen von Paris folgte. Er muß sich der verführerischen Aussichten, welche Herr Thiers eröffnete, der einmüthigen Versprechungen des Präsidenten erinnern, Aussichten und Versprechungen, welche eine zu rasche Versöhnung der Familie Orleans mit dem Herrn Grafen von

Chambord zu Wasser gemacht hätte. Es müssen ihm ferner noch alle die wunderbaren Argumente im Gedächtnis sein, die sich unter den Liebhabern des Herrn Thiers plötzlich seinem Geiste vorstellten, und welche er dann vor dem Grafen von Paris so schön zu entwickeln wußte, jene Gründe, weshalb ein Schritt dieses Prinzen bei dem Oberhaupt seines Geschlechts nicht zeitgemäß wäre. In diesem Tage verlor der Herzog von Broglie den Herrn Thiers die Capitulation des Dreißiger-Ausschusses und opferete seinen persönlichen Gefühlen gleichzeitig die Ehre der Monarchie und die Würde seiner Partei. Der Herzog von Audiffret-Pasquier seinerseits stand seinem Collegen, dem Herzog von Broglie, in diesen Umtrieben glänzend zur Seite. Er hatte in dem Lager der „Unionisten“ Posto gefaßt, er fand Gehör, er floßte Vertrauen ein. Die „Union“ hatte aus ihm eine Persönlichkeit gemacht, ihm politische Bedeutung gegeben. Der Augenblick schien ihm gekommen, dies zu verwirklichen; er schloß sich der Evolution des Herzogs von Broglie an. Herr v. Audiffret-Pasquier war den Royalisten gegenüber durch ein auf Ehrenwort gegebenes Versprechen gebunden, welches niemals gehalten worden ist. Unmittelbar vor der Aufhebung der Verbannungsgeetze gab er feierlich sein Wort, daß die Prinzen, sobald es ihnen gehestlich frei stehen würde, nach Frankreich zurückkehren, sich fogleich zu dem Herrn Grafen von Chambord begeben und ihm zur Verfügung stellen würden. Die Prinzen dachten nicht daran, das von Herrn v. Audiffret gegebene Wort einzulösen und diesem fiel es nicht ein, darum mit ihnen zu brechen. Herr v. Audiffret hatte der royalistischen Partei gegenüber eine Schuld übernommen; jetzt hat er sie bezahlt, indem er den König beschimpfte. Und nun kennt das Publikum die Intrigue der Herren v. Broglie und von Audiffret-Pasquier, welche die monarchische Einigung hintertrieben und die Abhebung der Nationalversammlung botir haben, leblich weil sie hoffen, unter den Auspicien des Herrn Thiers zur Regierung zu gelangen.

[Ueber das Unwohlsein des Herrn Thiers] sind, wie man der „R. Z.“ mittheilt, heurückende Gerüchte verbreitet. Im Glyce war Alles zur Aufnahme des Präsidenten vorbereitet, welcher während der Carnevalstage dort residiren und empfangen wollte. In Folge einer Erkältung, die er sich bei dem Verlassen der Soirée Ladmiraux's zugezogen, hat er den Aufenthalt in Paris aufgegeben.

[Chambord und Dupanloup.] Legitimistische Blätter veröffentlichen den Briefwechsel zwischen dem Grafen v. Chambord und dem Bischof Dupanloup. Letzterer beschwört den Prinzen sich nachgiebig zu zeigen und durch die Fusion das sonst verlorene Frankreich zu retten. Chambord antwortet, er sei stets für Versöhnung gewesen, aber seine Pflicht sei, das Princip der Legitimität durchaus aufrecht zu erhalten. Der Schluß des Briefes lautet wörtlich:

„Ich habe also weder Opfer zu bringen, noch Bedingungen entgegenzunehmen. Ich erwarte wenig von der Gerechtigkeit der Menschen und viel von der Gerechtigkeit Gottes. Wenn die Prüfung zu bitter wird, so belebt ein Blick auf den Vatican den Muth und bestärkt die Hoffnung. An der Schule des erborenen Gefangenen gewinnt der Geist Stärke. Ergebung und Frieden. Dieser Friede ist jedem gesichert, der sein Gewissen zum Zeugen und Pius IX. zum Muster nimmt. Heinrich.“

Spanien.

Madrid. [Aus den Provinzen.] In einigen Orten der Provinz Murcia weigern sich die revolutionären Juntten, die es übernommen hatten, die bestehenden Gemeindebehörden abzusetzen, sich aufzulösen. Die Junta von Moratalla hat aus eigener Machtvollkommenheit die Abschaffung des Tabakmonopols beschlossen und dem Pfarrer der Gemeinde die Trennung der Kirche vom Staate angekündigt. In Seguin, einem Dorfe derselben Provinz, hat sich, wie es heißt, die revolutionäre Junta der Verwaltung bemächtigt, die Nachwähler und alle anderen Gemeindevorstände unterdrückt, die Verzehrsteuer und sonstige Gemeindeabgaben aufgehoben. Der Gouverneur der Provinz, Herr Ziguierdo, welcher der radikalen Partei angehört, hat die Gemeindebehörden aufgefordert, Widerstand zu leisten, und den revolutionären Juntten eingeschärft, sich aufzulösen, wie dies ja auch die Regierung schon befohlen hat. Andererseits sollen die Einwohner die Juntten aufmuntern, diesen Weisungen nicht zu gehorchen.

[Abschied.] Dem „Imparcial“ zufolge ist 32 Obersten und 40 Oberlieutenants der Artillerie ihr Abschiedsgeld gewährt worden.

Großbritannien.

London, 22. Febr. [In die eingeborene Bevölkerung Westafrikas.] zumal der Küste von Senegambien, scheint eine besondere Unruhe gefahren zu sein. Während Portugal seiner von einem Regierausstode heimgekehrten Colonie Bissao Hilfe senden muß, melden Postnachrichten aus der französischen Niederlassung Gorée, daß die englischen Ansetelungen an der Mündung des Gambia von den Eingeborenen überfallen und viele Gebäude zerstört worden seien, und daß jetzt selbst Bathurst, der Hauptort der Colonie und Sitz der britischen Regierung, von einem Angriffe bedroht sei. Die Europäer, heißt es weiter, welche in der letzten Zeit ganz ohne Schutz gelassen worden waren, lanten sofort einen Voten nach Gorée um Hilfe von der französischen Verwaltung, und am 27. Januar soll ein französisches Kanonenboot von Gorée abgegangen sein, um die französischen Interessen in dem englischen Hafen Bathurst zu schützen. Die britischen Kaufleute waren in großer Sorge um Leben und Eigenthum, werden aber von dem Kanonenboote wohl eben so gut Schutz erhalten, wie die Franzosen, die etwa dort anständig sein mögen.

[Zum Untergange der „Northfleet.“] Die Taucher sind nun am Bruch der „Northfleet“ an ihrer traurigen Arbeit. Einem derselben gelang es, in den unteren Schiffsraum hinabzusteigen und drei Kisten mit Kleidungsstücken, Eigenthum der Emigranten, hinaufzubringen. Gleichzeitig wurde eine große Quantität der Drabt- und Seilzacke entfernt. Leichen haben die Taucher nicht. Das Gills-Comité für die Unterstützung der Wittwen und Waisen der ertrunkenen Mannschaft und Passagiere hielt dieser Tage unter dem Vorsteher des Lordmayors eine Sitzung, in welcher constatirt wurde, daß der Betrag der Sammlungen sich auf 7300 Ltr. beläuft. Das Comité wird nach Beendigung seiner Arbeiten eine Ausstellung der verschiedenen Erfindungen für das Herablassen von Booten, Signalbrennen, und die Methoden für die Lebensrettung zur See eröffnen. Von Seiten des Vereins für die Förderung der Sicherheit des Lebens zur See ist bereits das Modell eines im Bau begriffenen Mutter-Kaufahrtschiffes ausgelagt, das alle neueren Verbesserungen für die Sicherheit des Lebens enthält, und zur Erprobung ihres Wertes demnächst eine lange Seereise unternehmen wird. Am Freitag kam in Dover die Leichenkiste des Herrn Brand, eines der Opfer der Northfleet-Katastrophe, zu einem Abflusse. Die Jury, die ein offenes Verdict abgab, verurtheilte damit einen Meinungsaußdruck, daß die „Northfleet“, während sie vor Anker lag, von einem unbekannten Dampfer angegriffen wurde, der, wenn er dem sinkenden Schiffe beigegeben hätte, die meisten, wenn nicht alle Leben, die verloren gingen, gerettet haben dürfte. Die Jury sagte hin u, daß dem Capitän und den Mannschaften, welche die Ueberlebenden retteten, großes Lob gebühre, und empfahl gleichzeitig die Herstellung eines deutlichen Coder für Nothsignale.

Afrika.

Alexandria, 10. Februar. [Der Plan, Jerusalem mit seiner Hafenstadt Jaffa durch eine Eisenbahn zu verbinden,] scheint — so schreibt man der „R. Z.“ — nun doch verwirklicht werden zu sollen. Die von der türkischen Regierung für diesen Zweck ertheilte Concession ist vor einiger Zeit in die Hände des Engländers Hugh Forbes gelangt, der alle Bürgschaften einer raschen Ausführung des Unternehmens bietet. Er hat bereits Ingenieure abgesandt, welche die Vorarbeiten begonnen haben, und denen in diesen Tagen noch einige folgen werden. Dieselben sind meistens Italiener, die oberste Leitung des Baues übernimmt Forbes selbst. Bis zu Ende des April hofft man mit dem Studium des Terrains fertig zu sein und mit den Erdarbeiten beginnen zu können. Jaffa ist von der heiligen Stadt 75 Kilometer entfernt, eine Strecke, von der ein Drittel auf die Küstenebene kommt. Die Bahn wird fünf Stationen haben, von denen sich eine in Ramleh und eine in Lydda befinden wird. Da Jerusalem 750 Meter über dem Meere liegt, so muß die Bahn einen Umweg nach Betlehem machen, welcher Stadt sie bis auf etwa drei Kilometer nahe kommen wird. Trotz jener hohen Lage Jerusalems aber werden die Steigungen der neuen Schienenstraße nirgends größer als 16 Millimeter sein. Nach dem Ferman, der die Concession enthält, hat der Unternehmer das Recht auf Ausbeutung der Steinbrüche und Mineralienlager, welche sich zu

beiden Seiten der projectirten Linie finden, bis auf eine Entfernung von je 10 Kilometern. Unzweifelhaft wird die Bahn den Besuch der heiligen Stätten Palästinas steigern, an eine besondere Rentabilität derselben jedoch kann ich auch jetzt nur in dem Falle glauben, daß man bei der Ausbeutung jener Brüche und Minen auf werthvolle Erze oder Steine stoßen sollte.

[Aus Jaffa.] erfährt man, daß der dortige französische Vice-Consul sich zu dem König Kassa begeben hat, der angeblich durch Machinationen des bisherigen französischen Agenten an seinem Hofe, sich von der Politik Frankreichs abgewendet haben sollte. Dem Vernehmen nach ist es gelungen, Kassa auf andere Wege zu bringen und ihm die Ueberzeugung einzufloßen, daß man es in Paris mit ihm gut meint. Jedenfalls hat er den hiermit beauftragten Diplomaten wohl empfangen und mit allerlei Geschenken, unter denen auch ein goldenes Ordenskreuz war, entlassen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 25. Februar. [Tagesbericht.]

* [Von den neuen Vorlagen] für die Sitzung der Stadtverordneten, Donnerstag, den 27. Februar, erwähnen wir folgende:

1) Die Stadtverordneten hatten kürzlich den Magistrat ersucht, ihnen entweder einzelne Berichte oder einen Gesamtbericht über die Verwaltung der Stadtbibliothek zugehen zu lassen, ebenso eine Auskunft über Anfertigung der Cataloge. Magistrat theilt nun einen Gesamtbericht mit und befaßt sich in Bezug auf die Cataloge eine spätere Mittheilung vor. — Die Schulen-Commission empfiehlt: nach Kenntnisaufnahme des Generalberichts Magistrat zu ersuchen, durch Beantwortung folgender Fragen diese von Seiten des Curatoriums der Stadtbibliothek erstattete Relation ergänzen lassen zu wollen: 1) Welche Principien werden bei Anschaffung neuer Werke zu Grunde gelegt? 2) Wie groß ist die Zahl der Bücher, der Handschriften, der Stiche? 3) In welcher Höhe, und bei welcher Versicherungs-Anstalt ist die gesammte Bibliothek versichert?

2) Antrag des Magistrats auf Forterhebung des Schulgeldes nach dem bis zum 1. April 1867 erhobenen Schulgelde von 17 Thlr. für einheimische und 25 Thlr. für fremde Schüler der städtischen Gymnasien und Realschulen, für welche das Schulgeld aus dem unter Verwaltung des Vorstandes der hiesigen Synagogen-Gemeinde stehenden Stipendienfonds, gebildet aus dem Fundations-Capitale der ehemaligen Wilhelmsschule gezahlt wird. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung des Antrages.

3) Antrag des Stadtv. H. in a u e r, betreffend die Anstellung eines Religionslehrers für die jüdischen Schüler am Gymnasium zu St. Maria-Magdalena. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung.

4) Antrag auf nachträgliche Bewilligung des Gehalts der 6. ordentlichen Lehrerstelle am Johannes-Gymnasium pro 4. Quartal 1872 per 137 Thlr. 15 Sgr. und der Remuneration für technische und Hilfslehrer derselben Anstalt innerhalb desselben Zeitraums per 363 Thlr. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung.

5) Antrag auf Bewilligung von 48 Thlr. zur Honorirung eines katholischen Religionslehrers (Dr. Hirschwälder) für die Vorkurskassen des Johannums von Osem d. J. ab. — Die betr. Commission empfiehlt die Bewilligung.

6) Antrag auf Bewilligung von 990 Thlr. 16 Sgr. zur Einrichtung eines chemischen Auditoriums für die evangelische Mittelschule Nr. 1. — Die betr. Commission empfiehlt die Bewilligung.

7) Antrag auf Errichtung einer III. B. Klasse bei der katholischen Elementarschule Nr. XVIII. in Lehmgraben und Bewilligung der Mittel aus der zur Errichtung einer III. B. Klasse bei der katholischen Elementarschule Nr. IV. pro 1873 etatirten Summe. — Die betr. Commission befürwortet die Genehmigung.

8) Antrag des Stadtv. R. Sturm, die Erhöhung der Hundesteuer (auf 5 Thlr.) betreffend. — Die betr. Commission empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

9) Antrag auf Vereinnahmung von 100,000 Thlr. bei dem Fonds zum Ankauf der Kasernen und Entnahme derselben aus der von dem Kaufmann Schottländer für die Grundstücke Schweidnitzerstraße Nr. 7 und 8 und den Rüfesteich geleisteten und bei dem Substanzgelder-Fonds vereinnahmten Abschlagszahlung von 167,500 Thlr. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung.

10) Antrag auf Bewilligung eines jährlichen Dominal-Beitrages von 10 Thlr. zur Gehaltsverbesserung für den Adjunkten an der evangelischen Schule zu Riemberg. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung.

11) Antrag auf Bewilligung der in Folge Expropriation nothwendig gewordenen Abtretung von 9,5 Ar des zur Pfarre zu Hermsdorf gehörigen Dotationslandes und von 0,3 Ar des zur dasigen Schule gehörigen Dotationslandes an die Freiburger-Eisenbahn-Direktion für 141 Thlr. 13 Sgr. 4 Pf. und 3 Thlr. 26 Sgr. 4 Pf. — Die betr. Commission empfiehlt die nachträgliche Genehmigung.

12) Antrag auf Bewilligung von 800 Thlr. zum Reparaturbau der Wehrbrücke bei Herrnproß aus den Reventen der Krankenhospital-Stiftsgüter pro 1872 und Entnahme der zum Bau erforderlichen Holz aus dem Holzschlage des Forstreviers Peiskerwis-Herrnproß pro 1873 nach der Forsttaxe. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung.

13) Antrag auf Vermietung des links am östlichen Eingange in das Rathhaus gelegenen kleinen Verkaufsgewölbes an die vrom. Tuchmacher Jungfer auf 3 Jahre bis Ende 1875 für jährlich 80 Thlr. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung.

14) Antrag auf Bewilligung von 250 Thlr. Remuneration an die Bramten der städtischen Bank und über den Antrag des Stadtv. R. Sturm, betreffend die Erhöhung der Gehälter der Bankbeamten. — Die betreffende Commission empfiehlt: 1) die Remuneration zu genehmigen; den Antrag des Stadtv. R. Sturm als erledigt zu betrachten, mit Rücksicht darauf, daß nach der Erklärung des Magistrats-Commissarius ebenfalls in dieser Angelegenheit eine in Vorbeachtung begriffene magistratualische Vorlage bei der Versammlung eingebracht wird.

* [Wilhelm Jordan,] welcher bekanntlich zu Anfang nächsten Monats einen Cyclus seiner Rhapsodien in unserer Stadt eröffnet, hatte auch für den Abend des 6. März einen Vortrag angekündigt. Nachdem ihm inzwischen die Einladung des Comité's der Breslauer Presse zugegangen, welche den berühmten Rhapsoden als Ehrengast zu dem am genannten Tage stattfindenden Feste der Presse berief, hat sich Dr. Jordan in freundschaftlicher Weise bereit erklärt, dem Wunsche unseres kunstsinntigen Publikums entgegenkommend, den für jenen Abend beabsichtigten Vortrag zu verlegen und hat die Einladung zum Preßfeste angenommen, welches in ihm eine weitere Körperphäre für den Kreis hervorragender künstlerischen Persönlichkeiten gewinnt, die für das bevorstehende Fest die außergewöhnlichsten geistigen Genüsse in Aussicht stellen.

x. [Vom Stadt-Theater.] Die Oper Hans Seiling, (eine Glanzrolle uners. Robinson) welche am Sonnabend die allgemeine Anerkennung fand, mußte einige Tage zurückgelegt werden wegen eingetretener Hindernisse. Da diese ben nunmehr beseitigt sind, so i die erste Wiederholung für Donnerstag den 27. festgesetzt. Ebenfalls dürfte das Gastspiel des Schwebischen Damen-Quartetts in nicht zu lange Zeit hinausgerückt sein, indem das er-

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Das weltberühmt gewordene Balsamische Mund- und Zahnwasser (Eau Balsamique dentifrice),

präparirt nach den Rezepten der berühmtesten Zahnärzte Deutschlands, Englands und Frankreichs, conservirt die blendende Weiße der Zähne, stärkt und befestigt das Zahnfleisch, verhindert das Stocken der Zähne, beseitigt dauernd den Zahnschmerz, entfernt übles Athem, verhindert das Ansetzen des Weisseins und wirkt auf den ganzen Mund-Organismus belebend und erfrischend.

Vorteilhafteste Originalflasche à 2 Thaler, 1 Originalflasche à 1 Thaler, ½ Originalflasche à 15 Sgr. mit genauer Gebrauchsanweisung.

Niederlage in Breslau bei Eduard Groß, sowie bei allen Parfumeurs und Coiffeurs in Schleien.

En gros-Verkauf: **LOHSE**, Hoflieferant, Berlin 46, Jägerstraße, Erfinder des weltberühmten „Eau de Lys de LOHSE“ (Schönheits-Lilien-Milch) und der „Gesundheits-Lilien-Milch-Seife“.

Stahl.

Hierdurch erlaube ich mir, auf mein Lager in Stahl erbeacht aufmerklich zu machen und davon folgende Sorten und Dimensionen zu offeriren:

Gußstahl

aus den Werken der Herren **Wm. Lockwood & Co.** in Sheffield und zwar:

- vierkantig von ½ Zoll bis 4 Zoll,
- rund von ½ Zoll bis 4 Zoll,
- flach von ½ x ½ Zoll bis 5 x 1 Zoll,
- achtkantig von ½ Zoll bis 2 ½ Zoll

(für Steinbehrer, Schrotmehel und Kappelhämmer),

flach-oval, in 7 Dimensionen von ½ x ½ Zoll bis 1 ½ x ½ Zoll

(für Flach- und Kreuz-Mehel).

Bessemer Gußstahl,

rund, für Schraubenbolzen, Wellen und Kolbenstangen

von ½ Zoll bis 3 ½ Zoll Durchmesser.

Deutsche Schweißstähle,

einmal und zweimal raffiniert,

vierkantig bis 3 Zoll,

flach in den verschiedensten Dimensionen,

Mühlstahl in Rillen von 56 Kilogr.,

Reißstahl für Steinbehrer, 1 ½ Zoll, vierkantig,

Guß-Bohrstahl,

deutschen, mit abgebrochenen Ranten, ½ Zoll und ¾ Zoll.

Mein außerordentlich großes Lager, welches nachweislich jetzt über 1200 Ctr. umfaßt,

gestattet mir, selbst bedeutende Aufträge schnell und zu billigen Preisen zu erfüllen. Die Preise sind den Zeit-
verhältnissen angemessen auf's Billigste normirt.

Carl Gustav Müller,

Breslau, am Schloßplatz, gegenüber dem königl. Schloß,

Special-Geschäft für Fabrik- und Maschinen-Bedarf.

Den alleinigen Verkauf meiner Kalina Saatgerste habe ich der

Schlesischen Centralbank

für Landwirthschaft und Handel

in Breslau übertragen, welche den Ballen à 150 Pfund frei Breslau inclusive Emballage zu 5 Thaler abgibt.

Kalinowitz, den 24. Februar 1873.

M. Elsner von Gronow.

[3260]

Städtische Gaswerke.

Der Preis von Coaks ab hiesige Gasanstalten wird vom 20. d. Mts. ab für den Engros- und Detail-Verkauf auf 7 Sgr. pro Hectoliter ermäßigt.

Breslau, den 19. Februar 1873.

Die Verwaltung.

Rheinische Mosaik-Platten-Fabrik in Sinzig,

vertreten durch

Bomnüter & Schroeder in Breslau, Ring 51.

Sämmtliche Aufträge aus der Provinz Schleien sind an letztgenannte Firma zu richten, wofür Probe-Platten und Zeichnungen ausliegen. Kostenanschläge nach genau anzugebenden Maßen unentgeltlich. Die Güte der Platten wird nach Vereinbarung auf Jahre garantiert.

Zöpfe, und Bopfgarnituren, in größter Auswahl billigt bei [2199]

Frau L. Guhl, Weidenstraße 8.

GUARANA

Grimault & Co.,

Apotheker in Paris.

Die Wirksamkeit dieses Medicaments hat ihm die Genehmigung der „Académie de médecine“ von Paris verschafft. Ein einziges Pulver in einem Glas Zuderwasser aufgelöst, genügt, um sofort die heftigste Migräne zu heben oder die Folgen einer Kolik oder Diarrhöe zu beseitigen. Dieses Heilmittel wird verkauft in Schachteln à 12 Pulver. Um die vielen Nachahmungen zu vermeiden, beliebe man die Etiquette **Grimault & Co.** zu verlangen.

Depot: in Leipzig bei Gustav Triepel und in allen Hauptapotheken.

Für Privat-Tanzgesellschaften; Drehpianino's.

Leihgeld pro Abend incl. Transport u. Dreher 5 Thlr. 20 Sgr.

Perm. Ind.-Ausstell.,

Ring 16. [3226]

Grundstücke

in der Stadt und vor dem Thore werden

baldest zu kaufen gesucht d. d. General-

Bureau für verkauften Grundbesitz,

Kupferschmiedestraße Nr. 44. [2205]

Ein fast neuer Geldschrank

mittlerer Größe von Arnheim in Berlin

ist preiswürdig zu verkaufen in der

Perm. Ind.-Ausstell.,

Ring 16, 1. Etage.

30,000 Thlr.

zur 1. Stelle werden gesucht, vorzüglich feine

Lage. Näheres Schußbrücke 67, 2. St.

[2196] **A. Berger.**

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Stadtwachmeisters, verbunden mit einem Jahres-Gehalt von 250 Thaler ist hier vacant. Civilversorgungsberechtigte Militär-Invaliden, welche auf diese Stelle reflectiren, wollen ihre Bewerbungs-Gesuche mit ihren Führungs-Bezeugnissen bis zum 15. März d. J. an uns einreichen.

Greiffenberg i. Schl., den 22. Februar 1873.

Der Magistrat.

Dpig. [478]

Holzverkauf.

Aus den Etats-Einschlägen pro 1873 werden

- 1) aus dem Revier Nansen Dinstag den 4. März, Vorm. 11 Uhr, im Kreisgau zu Nansen circa 120 Stämme Eichen, 50 Stämme Kiefern, 7 Stämme Weißbuchen-Nußholz, 120 Eichen-Brangen, 80 Nm. Scheit, 160 Nm. Stod, 130 Schod Reifig;
- 2) aus dem Revier Peiskerwitz-Derrnprotsch Dinstag den 11. März, Vorm. 11 Uhr, im Kreisgau zu Sandberg, circa 110 Stämme Eichen-Nußholz, 130 Stämme Nubenden, 4 Nm. Böttcherholz, 20 Nm. Scheit, 160 Nm. Stod, 45 Schod Reifig, 150 Schod melirt Laubholz-Faschinen

im Wege der Licitation verkauft.

Käufer werden mit dem Bemerkten hierzu eingeladen, daß ½ des Meistgebots in den Terminen selbst anzubieten werden muß.

Niemberg, den 22. Februar 1873. [472]

Der Oberförster.

Odel.

Holz-Verkauf.

Königliche Oberförsterei Grudschütz.

Dinstag, den 4. März c., Morgens von 10 Uhr ab sollen in Form's Hotel in Oppeln aus dem Schläge Jagden 220 des Schußbezirks Grudschütz (½ Meile von der Großschönauer Oderablage und ¼ Meilen von Oppeln entfernt)

843 Kiefern mit 1268 Festmetern, 1343 Kieferne-Schwellen (2,25 und 2,50 M. lang)

mit 294 Festmetern und 1500 Raummeter Kiefern und Fichten-Scheit

gegen gleich baare Bezahlung öffentlich meistbietend verkauft werden. [482]

Grudschütz, den 25. Februar 1873.

Der königliche Oberförster.

Bosfeldt.

Neustadt OS., den 21. Febr. 1873.

Es soll vom 1. April c. ab:

- 1) die Chauffeegelebebestelle in Leuber auf der Neustadt OS. - Jäger Kreis-Chauffee mit 1 ½ meiliger Hebefugniß weiter auf 3 Jahre und
- 2) die bisher administrierte Gebestelle in Wiese gräflich auf der Neustadt OS. - Biegenhalser Kreis-Chauffee mit ein- und resp. ½ meiliger Hebefugniß ebenfalls auf 3 Jahre

verpachtet werden.

Hierzu ist im hiesigen königl. Land-aths-

Amte ein Termin auf

Dinstag den 11. März c.,

Vormittags 10 Uhr,

angesetzt, zu welchem Nachmittags mit dem

Bemerkten eingeladen werden, daß die Pach-

bedingungen im landrätlichen Bureau wäh-

rend der Amtsstunden eingesehen werden können. [986]

Die Kreisständische Commission für

Chauffee-Verwaltung.

Keller zu vermieten.

Zum 1. April d. J. ist der Keller unter dem Neubau an der Herrenstraße zu vermieten. Bewerbungen sind bis zum 10. März d. J. mit Angebot und Angabe des Zweckes, für welchen der Keller benutzt werden soll, an das unterzeichnete Curatorium zu richten und im Elisabeth-Gymnasium abzugeben. Die Bedingungen können bei dem Schuldiener Land ebenfals eingesehen werden.

Breslau, den 24. Februar 1873.

Das Curatorium [3156]

des Elisabeth-Gymnasiums.

Eine „Anweisung, die

Epilepsie

(Fallsucht, Krämpfe)

durch das seit 11 Jahren bewährte Duante'sche Universal-Gesundheitsmittel binnen kurzer Zeit radikal zu heilen. Herausgegeben vom Erfinder Dr. A. Duante, Fabrikbesitzer zu Warendorf in Westfalen, welche gleichzeitig zahlreiche, theils amtlich constatirte resp. eidl. erhärtete Atteste u. Dankungsschreiben von glücklich Geheilten aus allen fünf Welttheilen enthält, wird auf directe Franco-Bestellungen vom Herausgeber gratis-franco verlannt. [701]

Feines Marmor-Billard,

Weine, in- und ausländische Biere, gute Küche empfiehlt die Restauration Stadt-Elbing, Schmiedebrücke 59, nahe am Ringe.

Haupt-Fabrik und Lager

aller Arten [3251]

fertiger Säcke

bei anerkannt solider Bedienung.

Metzenberg & Jarecki,

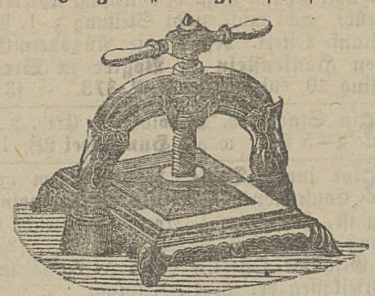
Kupferschmiedestraße 41.

Die Milchpacht

auf dem Gute Schöndorf bei Cattern ist an einen Milchpächter (nicht Käser), der sich stets gut geführt, per 2. Juli zu vergeben. [2192]

Für Comptoirs.

Zeitgemäß billigte Preise.



Copir-Pressen,

mit vollständigem Zubehör, 4 Thlr.

Post-Papier,

50 Sorten, Ries von 1 Thlr. 15 Sgr. an.

Namenprägung gratis.

Firma-Schwarzdruck 10 Sgr. pr. Ries.

Conto-Bücher,

dauerhafteste, eigenes Fabrikat, 1 lin. Strasse,

4 Bnd., 1 Thlr. 5 Sgr.

Copir-Bücher,

1000 Fol., kanest. geb., 1 Thlr. 2 ½ Sgr.

Heinr. Ritter & Kallenbach

Papierhandlung, Nikolaistraße 12,

neben dem Hotel zum weißen Hof.

Balsam Bilfinger,

bewährtes Mittel gegen

Rheumatismus

und Gicht,

zu haben in Breslau bei

Störmer & Mohr, Schmiedebr. 55,

und Ed. Groß, am Neumarkt.

Den HerrenWollproducenten

und Wollhändlern

beehren wir uns anzuzeigen, daß wir unsere

Wollwäscherei

mit Dampfbetrieb

mit dem 1. März d. J. eröffnen werden.

Wir übernehmen von jetzt ab im Schmutz

geschorene Wollen zur Rohwäsche und dem-

nächst auch — auf Wunsch unter Gewährung

von Vorschüssen — den comissionsweisen

Verkauf der gewaschenen Wollen. Die Be-

dingungen hierfür sind aus unserem früheren

Circular ersichtlich, auf welches wir Bezug

nehmen. [486]

Der Aufsichtsrath besteht aus den Herren:

von Stalpnagel, Rittergutsbesitzer zu Talsen-

berg, Vorsteher, W. Stowahs, Ritterguts-

besitzer zu Bröllin, Stellvertreter, von Wedell,

Ritterschafstrath zu Maltow, Sanger, königl.

Amtsath zu Schmolln, Carl Schulz, Schaferei-

Director zu Berlin, C. Bickermann, Ritterguts-

pächter zu Wittich, W. Gysar, Ritterguts-

besitzer zu Strehlow.

Jede sonst gewünschte Auskunft wird be-

reutwillig von der Direction ertheilt.

Breslau, Januar 1873.

Uckermärk. Wollbank und

Wollwäscherei

zu Prenzlau.

Die Direction.

W. Tetzlaff, Arnold Schultz.

Gutsverkäufe.

Die Herren Gutsbesitzer, welche ihre Güter zu verkaufen beabsichtigen, erlaube ich unter Zustimmung größter Discretion mir ihre ge-
ehrten Aufträge baldigst unter Adresse A. B. 250 Stangen'sches Annoncen-Bureau, Carls-
straße 28 in Breslau, zukommen zu lassen.

Benjamin Langer,

Mühlen-Besitzer in Ober-Peterswalbau

bei Reichenbach i. Schl. [2955]

Mühlen-Verkauf.

Meine zu Ober-Peterswalbau bei Reichenbach in Schleien an der Chauffee gelegene Mehlmühle mit 2 französischen, 1 deutschen und einem Epigange, fortwährender Wasser-
kraft und ca. 50 Morgen Acker und Wiesen-
land, bin ich Willens zu verkaufen. Die Ge-
bäude sind durchweg massiv und eignen sich
zu jeder Fabrik-Anlage. Darauf Reflectirende
wollen sich gef. melden an den Besitzer

Benjamin Langer,

Mühlen-Besitzer in Ober-Peterswalbau

bei Reichenbach i. Schl. [2955]

Für Feuerarbeiter.

Blasbalge

sind in großer Auswahl zu haben und
werden auf Bestellung unter Garantie
angefertigt bei [1971]

C. Nebel, Friedr.-Wilh.-Str. 51.

Eine Erfindung von ungeheurer

Wichtigkeit ist gemacht, das Naturgesetz

des Haarwachstums ergründet. Dr.

Waterlon in London hat einen Haar-

balsam erfunden, der Alles leistet, was

bis jetzt unmöglich schien; er läßt das

Ausfallen der Haare sofort aufhören,

besördert das Wachsthum derselben auf

unglaubliche Weise und erzeugt auf

ganz kalten Stellen neues volles Haar,

bei jungen Leuten von 17 Jahren an

schon einen starken Bart. Das Publikum

wird dringend erucht, diese Erfindung

nicht mit den so häufigen Markt-Schreiereien

zu verwechseln. Dr. Waterlon's Haarbal-

sam in Original-Metallbüchsen, à 1 und

2 Thlr., ist echt zu haben in Breslau

bei C. O. Schwarz, Obdauersstr. 21.

In Folge des Todes meines Mannes be-
absichtige ich das mir gehörige, zu Ober-
Schwedenhof, Kreis Glatz gelegene, in einem
ganz vorzüglichen Düngezustande sich be-
findende Bauergut Nr. 22, bestehend in
2 M. 46 Ruthen Hof und Garten, 145 Ruthen
Steinbruch und 72 Morgen 59 Ruthen Feld
mit den dazu gehörigen lichten und lebenden
Inventar zu verkaufen, und ist hierzu ein
Termin auf

Donnerstag den 13. März d. J.

Vormittags 10 Uhr,

in dem Bureau des Herrn Rechtsanwalts

Daetke zu Glatz angelegt.

Verkaufs-Bedingen sind bei den Herren

Rechtsanwalts Daetke und Vorwerksbesitzer

S. Wagner, Vorstadt Glatz, einzusehen.

Letzterer ist auch erbittig, das Kauf-Object zu

zeigen. [916]

Vorstadt Glatz.

Adolphine Bach,

geb. Wagner.

Ein Haus unmittelbar an der Stadt Deuthen,

